

Kultur und Entwicklung

Rudyard Kipling* schrieb das „Dschungelbuch“ als romantische Geschichte mit dem kleinen indischen Jungen Mowgli, seiner Wolfsfamilie und seinem Erzieher, dem Bär Balu, die Walt Disney so schön verfilmte.

In der Realität sind jedoch „Wolfskinder“ „dokumentiert“, die weder auf zwei Beinen laufen noch sprechen konnten, nur tierische Laute ausstießen und wie wilde Tiere über Menschen herfielen, die ihnen helfen wollten. Man musste sich einigen, sie – bezogen auf ihre Genetik – überhaupt Menschen zu nennen.

Kulturelle Fundamente von Mensch und Gesellschaft

Das Faktum „Ohne Kultur kein Mensch“ zeigt, wie stark menschliche Entwicklung von der Enkulturation, insbesondere dem Erlernen des Sprachgebrauchs, in den ersten Jahren abhängt. Von Geburt an wird so das kulturelle Potenzial von den Eltern auf das Kind übertragen, schon bevor die bewusste Erziehung einsetzt oder sich Jugendliche selbst kritisch mit ihrer Gesellschaft und deren Wertbezügen auseinandersetzen.

Kultur ist also die zweite Natur des Menschen neben seinen Genen. Alle Versuche sind jedoch fehlgeschlagen, eine natürliche Urkultur oder -sprache aller Menschen zu finden. Es gibt nur immer bestimmte Kulturen, die einzeln oder gemeinsam ihre prägende Wirkung entfalten. An der kulturellen Prägung als Schlüsselfrage menschlicher Existenz können sich aber auch gefährliche Abgründe auftun. Dies erfordert gerade hinsichtlich der aktuellen kulturellen Fragen der Globalisierung eine Kenntnis der wesentlichsten sozio-kulturellen Prozesse.

Kultur und Lebenswelt

Die lebensweltliche Kultur kann als geistige, verhaltens- und wertorientierte Grundausstattung verstanden werden, mit der Menschen in ihrer Gesellschaft und Umwelt existieren können und die zugleich den Fortbestand dieser Gesellschaft sichert. Dies galt schon für frühe

und schriftlose Völker. Seitdem hat sich eine „Hochkultur“ von Wissenschaft, Literatur, Kunst und Musik darüber gelagert. Die mehr an Traditionen gebundene lebensweltliche Kultur und die Hochkultur regen einander gegenseitig an, ohne dass man sie als vielfach vernetzte Phänomene im Detail beschreiben oder trennen kann.

Unterschiedliche Definitionen von Kultur betonen ihre Bedeutung für das Individuum, andere ihre gesellschaftliche (sozio-kulturelle) Funktion. Kultur

- ist ein mentales „Betriebssystem“ des Menschen, das einer bestimmten sozialen und natürlichen Umgebung entspricht und lebensnotwendig ist,
- steuert oder beeinflusst das Verhalten im Rahmen einer beständigen persönlichen Identität und Wertorientierung,
- ist ein Netzwerk von Sinn- und Wertbezügen in Verbindung mit Religion, Sprache und anderen gemeinsamen Symbolen,
- ist ein kollektives Gedächtnis für alles, was den Bestand einer Gesellschaft und

damit die Existenzgrundlagen für den Einzelnen sichert,

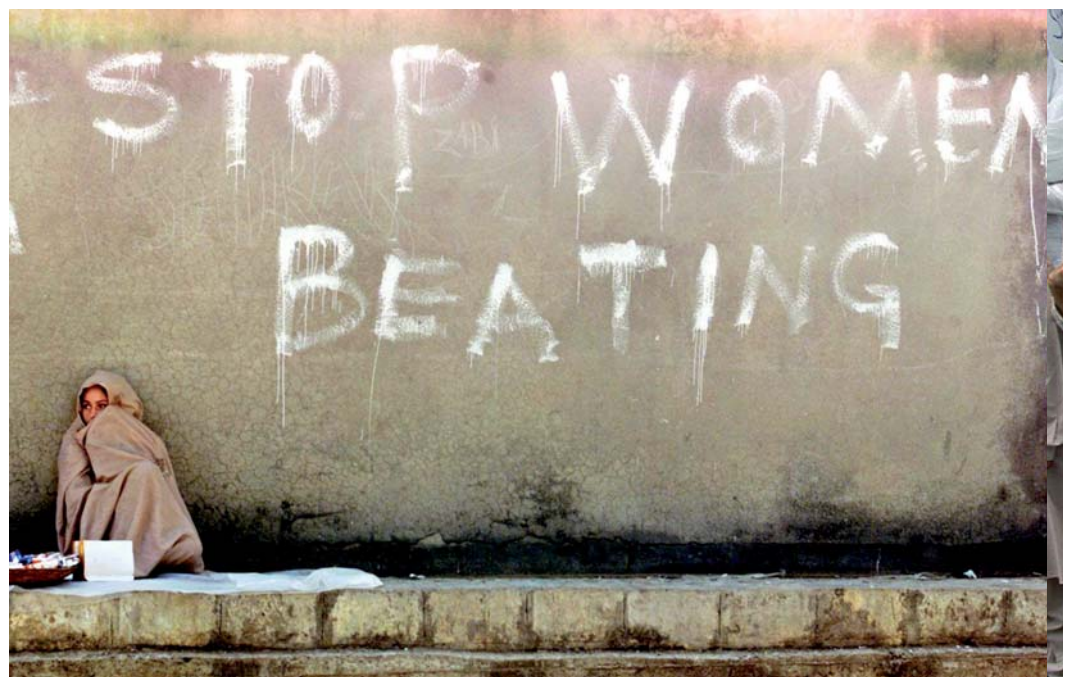
- wird weitergegeben (tradiert) von einer Generation zur nächsten durch informelle Erziehung und durch formale Bildung (vor allem in der Schule).

Die einzelnen kulturellen Elemente können durchaus zwischen Gesellschaften, Ethnien und Gruppen wandern, bilden aber in einer bestimmten sozialen und natürlichen Umwelt ganzheitliche Verknüpfungen als eine unterscheidbare Kultur.

Religiöse Weltdeutungen, Gebote und Moralvorstellungen (Bibel, Koran usw.) sind langfristig wirksame Kristallisationspunkte von Kulturen. Nicht verschriftlichte Elemente der lebensweltlichen Kultur lassen sich dagegen oft nur schwer beschreiben und benennen wie z. B. Geschmacks-

* Joseph Rudyard Kipling: The Jungle Book, 1894 (Nachdruck: Joseph Rudyard Kipling: The Two Jungle Books, Kessinger Publishing 2004)

** P. J. Blumenthal: Kaspar Hausers Geschwister. Auf der Suche nach dem wilden Menschen. München (Piper) 2005



richtungen, Verhaltensstile, Körpersprache oder das Verhältnis zwischen den Generationen.

Die sozio-kulturelle Dualität

Kulturen besitzen nicht nur abstrakte Werte, sondern gestalten ihre ganze soziale Welt möglichst umfassend danach. Umgekehrt definieren Gesellschaften ihre Wertmaßstäbe und erzwingen deren Befolgung durch Gesetze sowie durch die zwischenmenschliche „soziale Kontrolle“. Dieser Zusammenhang von Kultur und gesellschaftlichen Institutionen wird in den Sozialwissenschaften als „sozio-kulturelle“ Dualität gesehen.

Das ambivalente Verhältnis zwischen Kultur und Gesellschaft führt zu kontrovers diskutierten Fragen:

- Der Zusammenhang von Kultur, Gesellschaft und Nation: Konzepte der „Kulturnation“ und der „Vertragsnation“ stehen einander gegenüber. Nach Johann Gottfried Herder ist die gemeinsame Kultur und (oft allerdings fiktive) Abstammung die Grundlage der Staatsnation. Das politisch orientierte Konzept der „Vertragsnation“ (u. a. bei Jean-Jaques Rousseau) gilt dagegen als westeuropäisches Konzept nach britischem oder französischem Verständnis. Beiden Konzepten ist gemeinsam, dass Kulturen eine systemnotwendige *Außengrenze* zwischen dem „Wir“ und dem „Sie“ benötigen, innerhalb derer ihre integrative Kraft wirksam ist.

- Die Frage der Freiheit, Rationalität und Selbstbestimmung menschlichen Verhaltens: aktuelle Fortschritte der Gehirnforschung deuten auf relativ enge Grenzen der rationalen Selbstbestimmung gegenüber den – oft unbewussten – kulturellen Prägungen hin. Interkulturelle Vergleiche zeigen, dass „Vernunft“ und „Rationalität“ an den eigenen kulturellen Rahmen gebunden sind und sich mit anderen Auffassungen widersprechen können.

- Wenn kulturelle, ethnische und staatliche Einheit räumlich nicht deckungsgleich sind: die individuelle und gruppenbezogene Selbstverwirklichung kann mit der gesamtgesellschaftlichen in Konflikt geraten. Der Wunsch nach Harmonie der eigenen Wertvorstellungen mit der sozialen und institutionellen Umwelt veranlasst Menschen mit abweichenden kulturellen Werten (ethnische Minderheiten, religiöse Gemeinschaften, Gruppen von Migranten) oft zur Bildung von Parallelgesellschaften. Diese Tendenz nimmt mit der Größe der Gruppe, ihrer kulturellen und sozialen Distanz zur Mehrheitsgesellschaft zu.

„Unsichtbarkeit“ der eigenen Kultur einerseits – Kulturschock in fremden Kulturen andererseits

Im Binnenverhältnis der eigenen Gesellschaft erscheinen grundlegende Traditionen, Wertbezüge oder gemeinsame Übereinkünfte als „selbstverständlich“, „normal“ oder „natürlich“ – und werden

damit unsichtbar. Dem Insider fallen schon geringe Abweichungen stärker auf als die gemeinsame kulturelle Basis. Für Außenstehende kann jedoch die Bandbreite solcher Abweichungen belanglos sein gegenüber dem Gesamtunterschied zu ihrer eigenen Kultur.

Das Paradox der „Unsichtbarkeit“ der eigenen Kultur erschließt sich nur durch persönliche Kontrasterlebnisse mit anderen Kulturen und ist theoretisch kaum zu vermitteln. So wie manche Menschen einen Schock erleiden, wenn sie die eigene, doch so vertraute Stimme von einer Tonaufnahme hören, kann es einen „Kulturschock“ geben, wenn man erstmals in einer fremden Kultur allein auf sich gestellt ist, wenn weder Sprache, noch Symbole, noch Nahrung den gewohnten Erwartungen entsprechen. Schon das Kopfnicken kann anderswo „Nein“ statt „Ja“ bedeuten. Noch deutlicher als z.B. bei Wirtschaftskontakten kann der Kulturschock auf der ganzheitlichen familiären Ebene ausfallen.

Der Blick von Kulturen und Menschen aufeinander: Stereotype und Vorurteile

Zwischen zwei Kulturen bestehen meist bestimmte gegenseitige Wahrnehmungsmuster. Solche „*Stereotypen*“ können negative und positive Bewertungen enthalten. Selbst- und Fremdwahrnehmung unterscheiden sich häufig, weil sie von jeweils eigenen Bezugspunkten ausgehen, für die sich selten übergreifende oder universale Wertmaßstäbe oder „die Wahrheit“ finden lassen (G51).

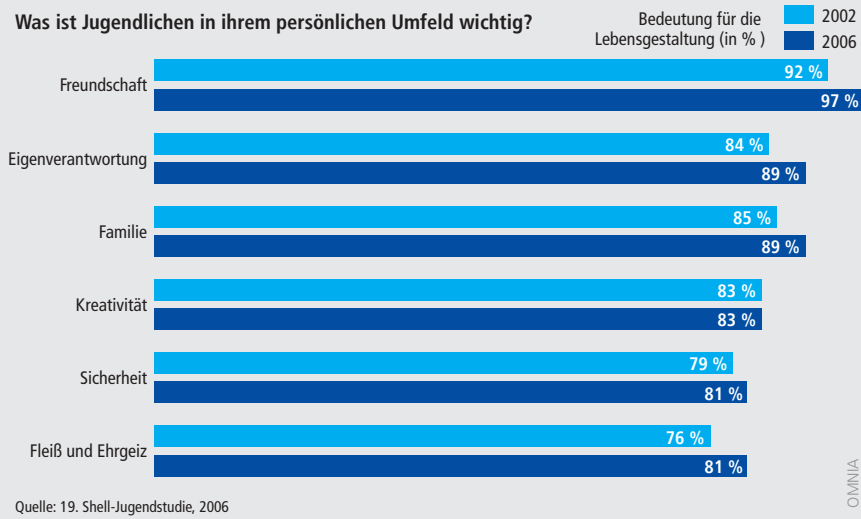
Strittig ist, ob Stereotypen und darauf beruhende Vorurteile gegenüber einzelnen Angehörigen einer Gruppe moralisch abzulehnen seien*. Sie sind jedenfalls Realität, weil sie offensichtlich nützliche Funktionen ausfüllen. Je komplexer die sozialen Beziehungen und die Kontaktdichte in modernen Massengesellschaften, desto mehr erfordern flüchtige Begegnungen eine rasche Einordnung des Gegenübers in „bekannte“ Gruppen, die sich zuerst am äußeren und sprachlichen Erscheinungsbild orientieren wird. Dies erleichtert eine erste Einschätzung, hilft bei der Reduktion von Komplexität und der Bewertung von Handlungsoptionen. Gruppen können auch bewusst ihre Außenwahrnehmung manipulieren und sie z.B. als Abgrenzungsmechanismus einsetzen. Sicher

* Alexander Thomas: Die Bedeutung von Vorurteil und Stereotyp im interkulturellen Handeln, in: Interculture Journal 2006/2

In vielen Kulturen gelten Menschenrechte nicht für Frauen und Männer gleichermaßen. Im Bild rechts protestieren Frauen in Karatschi, Pakistan, am 5. 7. 2002 gegen die von einem Stammesgericht angeordnete öffentliche Vergewaltigung einer jungen Frau. Das Bild links, aufgenommen am 22. 11. 2001, zeigt ein afghanisches Flüchtlingsmädchen auf einer Straße in Islamabad, Pakistan.



G49 Werte bleiben stabil



G50 Unterschiedliche Rechte der Frauen

Antworten junger Frauen auf die Frage, ob sie glauben, den größten Einfluss auf wichtige Entscheidungen ihres Lebens zu haben (in % der Befragten)

	Lebensbereich		
	Arbeit	Schule	Heirat
Albanien	60	82	77
Bangladesch	50	18	4
Äthiopien	79	39	55
Irak	43	52	65
Malaysia	89	62	82
Rumänien	84	65	96
Tadschikistan	36	32	25

Die Frage lautet:

Wenn Sie an Ihre Stellung/Ihren Ehepartner/Ihre Schuljahre denken, wer hatte am meisten Einfluss? Sie selbst, Ihre Eltern, die Regierung oder andere?

Quelle: Weltbank, Weltentwicklungsbericht 2007, S. 27

G51 Stereotypen: Typisch deutsch?

Antworten auf die Frage: „Wenn Sie jetzt bitte nun einmal an Deutschland und die Deutschen denken. Was verbinden Sie persönlich mit Deutschland und den Deutschen, wofür stehen Ihrer Meinung nach Deutschland und die Deutschen?“ Nennungen in % im Durchschnitt der Europäer erste Ziffer: einschließlich Deutsche; zweite Ziffer: Durchschnitt der Europäer ohne Deutschland

Fleißig und pflichtbewusst	23,0	4,3
Ordnung, gut organisiert, pedantisch, genau, akribisch, akkurat	13,1	9,8
Pünktlich	13,1	2,6
Ordnungsliebend, sauber	12,3	3,9
Wirtschaftliche Probleme, Arbeitslosigkeit	11,5	0,4
Bier	1,0	5,0
Hitler, Nazis	0,7	3,1
Krieg allgemein	0,2	8,8

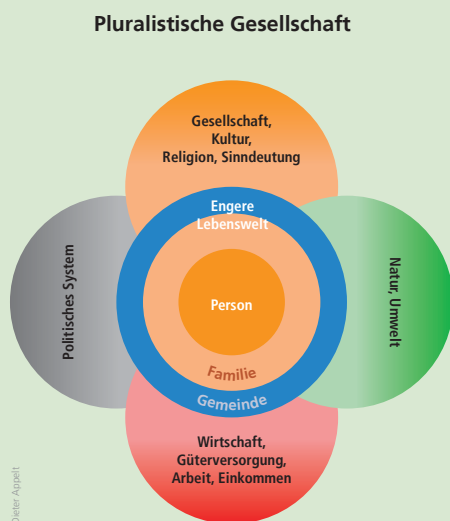
Quelle: GfK-Nürnberg e.V., Mai 2006; gefunden bei: Universität Saarbrücken, Philosophische Fakultät, Folien zum Workshop „Typisch deutsch? Die kulturelle Identität von Deutschen als Herausforderung für interkulturelle Trainer“ (www.uni-saarland.de)

G51a Typisch Himmel und Hölle?

Im **Himmel** ist
 der Franzose Koch,
 der Engländer Polizist,
 der Italiener Liebhaber,
 der Deutsche Mechaniker,
 und der Schweizer organisiert alles.

In der **Hölle** ist
 der Deutsche Polizist,
 der Franzose Mechaniker,
 der Engländer Koch,
 der Schweizer Liebhaber,
 und der Italiener organisiert alles.

G52 Lebenswelten und Kultur in verschiedenen gesellschaftlichen Systemen

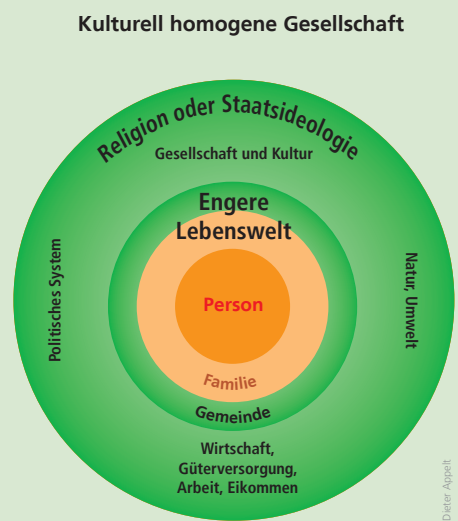


In einer **pluralistischen Gesellschaft** kann und muss man sich laufend zwischen verschiedenen, oft widersprüchlichen Zielen entscheiden. Die einzelne Person genießt große individuelle Freiheit und Selbstverantwortung gegenüber kulturellen, familiären oder gesellschaftlichen Zwängen (Individualisierung).

Kulturelle Traditionen, Wert- und Rollenvorstellungen werden von den Eigendynamiken der Lebensbereiche beeinflusst. Diese gesellschaftlichen Gruppierungen (Milieus) haben oft ihren eigenen Wertekonsens, während sich der gesamt-gesellschaftliche Wertekonsens formal in der Verfassung und im demokratischen System ausdrückt.

In einer wertkonformen, **kulturell homogenen Gesellschaft** sind der Einzelne und alle Lebensbereiche der Religion, politischen Ideologie oder anderen zwingenden Gemeinschaftsbezügen untergeordnet.

In traditionellen, statischen Gesellschaften spielen Kultur (oft „die Ehre“), Familie und erbter Status eine zentrale Rolle innerhalb der Ethnie oder Gesellschaft. Es gelten Anpassung und Gehorsam.



Kulturelle Entwicklung im Globalisierungszeitalter

Globalisierungsprozesse verbinden unterschiedliche Kulturen und Strukturen in der Welt

Die Globalisierung ist einerseits mit Prozessen kultureller Vereinheitlichung verbunden, andererseits lassen die Kontakte mit weiter entfernten Weltzonen kulturelle Unterschiede deutlicher hervortreten.

Im Globalisierungsprozess entstehen weltweite Netzwerke vor allem im Bereich der transnationalen Unternehmen, im Welthandel und den Finanzbeziehungen, im Tourismus oder in den Wissenschaften. Länger schon bestehen weltweite kirchliche Strukturen sowie internationale politische und wirtschaftliche Institutionen. Diese globalen Netzwerke weisen weitgehend einheitliche Arbeitsweisen, Organisationsformen und professionelle Stan-

dards auf. In der Grafik unten sind diese Netzwerke durch gelbe Pfeile angedeutet, die Verbindungen zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern schaffen.

Gleichzeitig bestehen auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene die dortigen Strukturen weiter, die in der Grafik rot dargestellt sind und relativ stabile sozio-kulturelle Identitäten bilden. Die Globalisierung kann jedoch, weil sie manchen gesellschaftlichen Gruppen mehr nützt als anderen, lokale Spannungen und Konflikte verstärken – sowohl zwischen Ländern als auch innerhalb der Länder.

Eine Welt – nur aus Sicht des Westens?

Die Sicht der Industrieländer auf die Welt ist meist noch sehr stark an die politische, wirtschaftliche und militärische Vorherr-

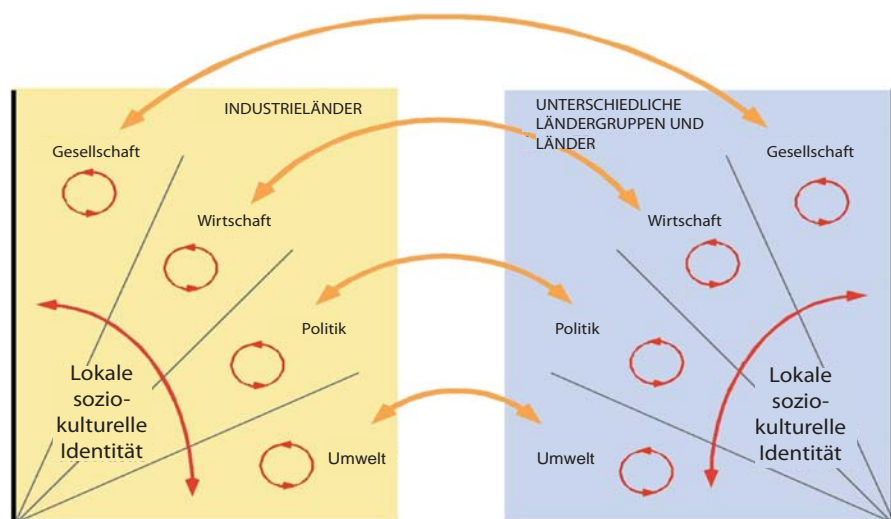
schaft des „Westens“ in der Welt gebunden. Diese wird aber nicht nur durch die wirtschaftliche Erstarkung großer Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien, durch die Verbreitung von Atomwaffen usw., sondern auch sozio-kulturell herausgefordert.

Unsere eigenen sozio-kulturellen Rahmenbedingungen sind nicht so weltweit verbreitet wie meist angenommen. Dazu zählen wohl die Demokratie, die bürgerlichen Freiheiten, der leistungsmäßig erworbene und nicht familiär ererbte Status, freie Medien und Kommunikation, räumliche und soziale Mobilität sowie wirtschaftliche Sicherheit. Sie sind verbunden mit großen Verhaltensfreiheiten und der Selbstverantwortung des Einzelnen für seine Lebensplanung. Die Prozesse in diesen Richtungen und ihre Folgen kann man insgesamt unter dem Schlüsselwort *Individualisierung* zusammenfassen.

Diese Rahmenbedingungen bestehen überwiegend in westlichen Ländern, in Entwicklungsgesellschaften jedoch nur partiell für Menschen in den modernen Sektoren. Von den insgesamt 6,6 Milliarden Menschen der Erde leben nur die 1,2 Milliarden in den Industrieländern nach „westlichem“ Muster. Die überwiegende Mehrheit der anderen 5,4 Milliarden Menschen ist kulturell wesentlich stärker auf die Gemeinschaft bezogen. Dies sind vorwiegend die (Groß-)Familie oder religiöse, ethnische bzw. sonstige sozio-kulturelle Einheiten. Ein Gemeinschaftsgefühl auf der nationalen Ebene und ein Bewusstsein für die prinzipiell gleichen Rechte aller Menschen fehlt dagegen in vielen Entwicklungsländern. Soziale Ungleichheit gilt nicht als Herausforderung für die Allgemeinheit oder den Staat, sondern primär für die Solidarität in der Großfamilie.

Die zunehmenden weltweiten Kontakte, die gegenseitige Abhängigkeit und Konkurrenz lassen die Unterschiede und

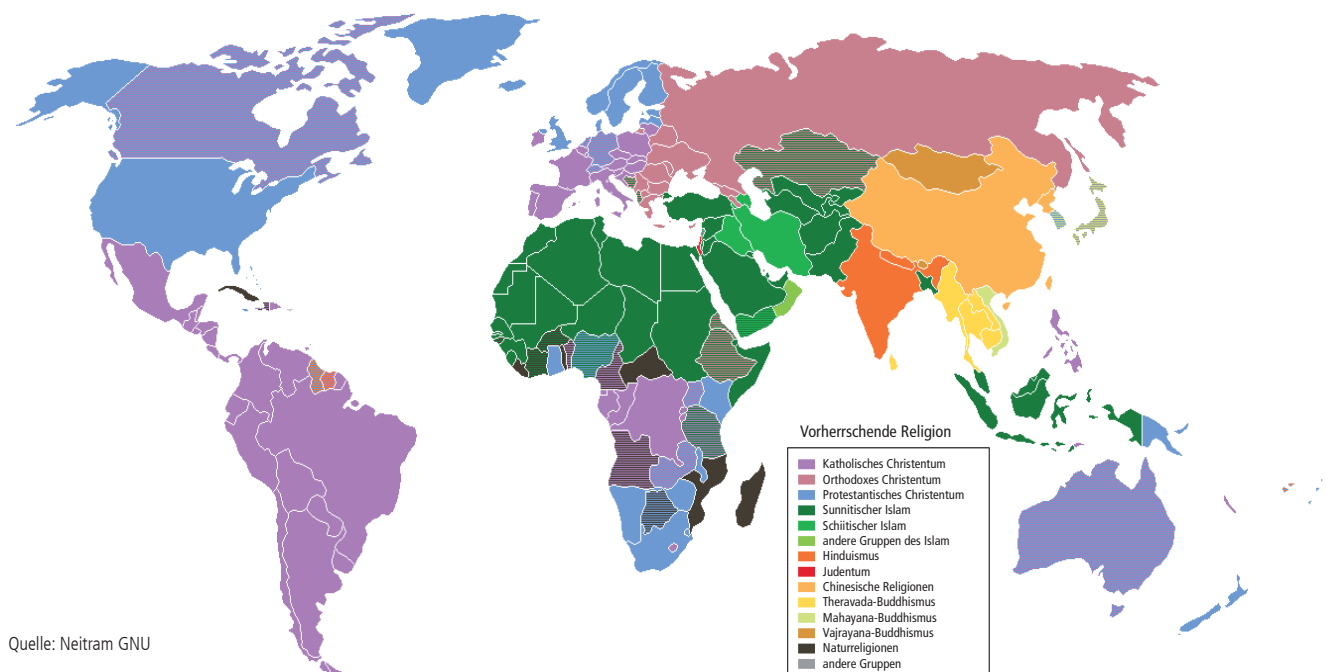
Dieser Beitrag ist auf die globalen kulturellen Fragen ausgerichtet. Das Handlungsfeld der Integration von Migranten hängt damit zwar zusammen, weist aber stärkere Binnenbezüge auf und ist andernorts (S. 96 ff.) ausführlich behandelt.



Die Globalisierung vernetzt gleiche und unterschiedliche Strukturen, vergrößert bestehende Unterschiede und schafft damit Konfliktpotentiale.

Wirtschaft, Wissenschaft, Medien oder Tourismus entwickeln heute globale Netzwerke mit einheitlichen Arbeitsweisen, beruflichen Standards und Organisationsformen. Die globalen Partner sind gleichzeitig Teil der lokalen, nationalen oder regionalen Strukturen und der dortigen soziokulturellen Identität.

Andere lokale Strukturen, vor allem die außerhalb der modernen Sektoren und der wachsenden Städte, sind weniger global vernetzt, ja sind oft nicht einmal in die eigene Gesellschaft eingebunden. Dies gilt immer noch für große Bevölkerungsteile der Entwicklungsländer z. B. im Subsistenzsektor oder in Armutszonen, in der Summe für bis zu 2 Milliarden Menschen auf der Erde.



Interessenkonflikte vor allem zwischen dem „Westen“ und den anderen Ländergruppen deutlicher hervortreten. Demokratie und Marktwirtschaft als westliche Ideale werden nicht überall auf der Welt als selbstverständlich akzeptiert, geschweige denn in den gesellschaftlichen Institutionen und Strukturen verwirklicht. Die „westliche“ individualistische Lebensweise ist teilweise zum Feindbild gemeinschaftsorientierter Kulturen und autoritärer Regime geworden. Neid und Bewunderung gegenüber dem Westen stehen in einem labilen Verhältnis zum Vorwurf der Dekadenz, der vor allem festgemacht wird am „Materialismus“, einem „Funktionsverlust der Familie“, einem diffusen „Unglauben“ und einer scheinbaren „Rechtlosigkeit“ der Schwächeren. Soziale Gegebenheiten wie Gleichberechtigung der Geschlechter oder sexuelle Freizügigkeit, die in „westlichen“ Gesellschaften positiv bewertet oder zumindest nicht bekämpft werden, werden in traditionellen wertekonformen Gesellschaften abgelehnt und können (zumindest im öffentlichen Leben) Abscheu erwecken.

Begrenzte Wahrnehmungsfenster und ideologische Barrieren

Die sozio-kulturellen Herausforderungen können in einer Welt vieler Gegensätze nicht allein durch Toleranzappelle und guten Willen gelöst werden. Dazu ist die Situation zu ernst. Kulturelle Verständigung wird (mit-)entschieden z.B. über die humane Gestaltung der wirtschaftlichen Globalisierungsprozesse, die auch

für die Armutsbekämpfung notwendig ist, über eine wirksame Friedenspolitik in Konfliktgebieten und zusammengebrochenen Staaten, über den Umweltschutz und nicht zuletzt die Austrocknung des internationalen Terrorismus. Wenn diese Aufgaben nicht im Rahmen kultureller Verständigung geleistet werden, könnte Samuel Huntington mit seiner Prognose des Kampfes der Kulturen Recht behalten (G55).

Angesichts dieser dringenden Notwendigkeiten müssen liebgewordene Binnenspektiven und unreflektierte kulturelle Selbstreferenz überwunden werden, die keinen tragfähigen Dialog mit den anderen Weltzonen erlauben. Realitätsbezug und Offenheit erfordern auch, in der Begegnung mit den anderen Kulturen die eigene bewusster zu erfassen und sich begründet mit ihren wesentlichen Elementen zu identifizieren. Die internationalen Bemühungen um den Dialog der Kulturen und der Religionen müssen gestärkt werden, einschließlich der Suche nach gemeinsamen weltweiten Konsensprojekten wie den Menschenrechten. Andererseits ist es notwendig, das Recht kultureller Selbstverwirklichung notfalls zu beschneiden, wo entsprechende Rechte anderer oder die Menschenrechte verletzt werden.

All dies bedingt Klärungen in Kontroversen wie den folgenden:

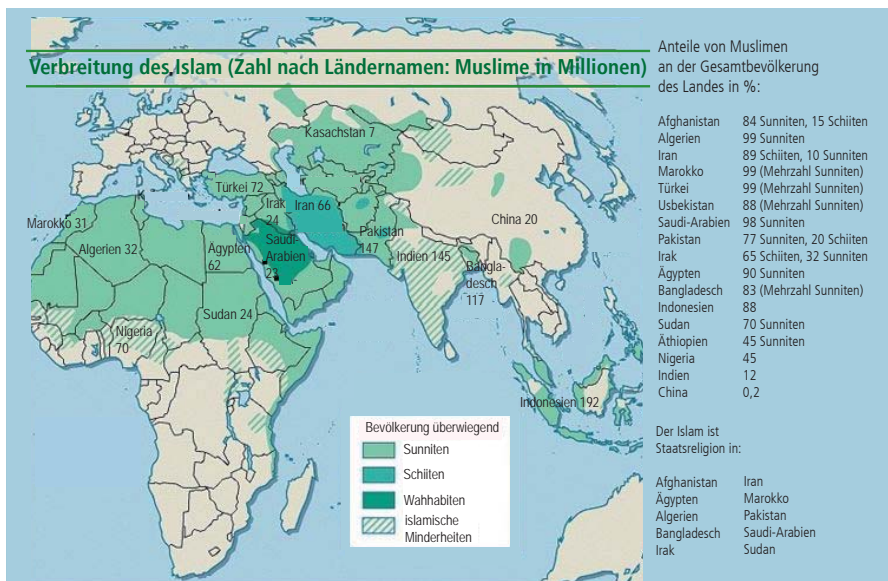
- „Ethnozentrismus“ ist die oft unbewusste Anwendung der eigenen kulturellen Perspektiven und Wertungen auf andere Weltzonen. Dies kann wichtige Unterschiede verdecken und zu Erwartungen

gleichartigen Verhaltens führen. Dies liefe auf einen fahrlässigen Optimismus über die Einigungsmöglichkeiten bei internationalen Verhandlungen hinaus, über die reale Durchsetzung der Menschenrechte, die Integrationsmöglichkeiten von Migranten usw. Die Vielgestaltigkeit der realen Entwicklungsverläufe und ihrer Ergebnisse widersprechen diesen Annahmen.

- „Eurozentrismus“ als europäische bzw. „westliche“ Ethnozentrismus demütigt die Menschen außerhalb der westlichen Welt und verkennt sie in ihrem Eigenwert. Das gilt auch für Modernisierungstheorien, die eine lineare Abfolge von Entwicklungsstadien* postulieren, über die „unterentwickelte“ Länder sich schließlich den heutigen westlichen Industrieländern angleichen würden, die gleichsam die selbstverständliche Spitzenposition menschlicher Entwicklung einnehmen.

- „Kulturrelativismus“ plädiert für die Beurteilung von Kulturen aus ihren eigenen Wertmaßstäben heraus und bezweifelt die universale Geltung etwa der abendländischen Ratio oder z.B. der Menschenrechte. Kulturrelativismus und Eurozentrismus sind damit Gegenpole in der Auseinandersetzung über die Stellung der europäischen Kultur in der Welt. Die Geschichte der europäischen Welteroberung wird von den Erben der anderen großen Kulturen zwiespältig betrachtet, und die Globalisierung gibt manchen von ihnen erstmals die Chance, Fragen nicht mehr aus der unterlegenen Position zu stellen.

* W. W. Rostow: Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen 1960



• Thesen von einer „Weltgesellschaft“ oder einer „neuen Weltkultur“ als Weiterführung des Gedankens der multikulturellen Gesellschaft werden offensichtlich durch die Meinung gefördert, es gebe ohnehin keine ausgeprägten lokalen Kulturen mehr und deren Aufgehen in einer (westlich dominierten?) Weltkultur sei schon besiegelt. Ein gegenteiliges Glauben an die prägende Wirkung von Kulturen und ihre Rolle bei den Konflikten in vielen Ländern sei als „Kulturalismus“ abzulehnen.

• Nicht nur in islamischen Ländern, sondern z.B. auch in den USA ist eine Zunahme fundamentalistischer Strömungen zu beobachten. Die weltpolitischen Umwälzungen, die Komplexität und Konflikthaftigkeit der Globalisierung überfordern viele Menschen und veranlassen sie, aus ihrer Sicht zu den Fundamenten zurückzugehen. Vor allem heiligen Büchern wie der Bibel oder dem Koran wird eine umfassende und wortgetreue Gültigkeit für alle Fragen des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens zugemessen. Die Berufung auf Gottes direkten Willen erhöht die Gefahr von Konfrontationen, wenn sich solche Wahrheitsansprüche zweier Seiten widersprechen. Fundamentalismus verengt Wahrnehmungsfenster und Denkwelten, vermeidet jede Überprüfung seiner Aussagen, denkt in Gut-Böse-Kategorien, verfolgt Kritiker und setzt Missionseifer vor Dialogbereitschaft.

Binnenperspektiven mit universalistischem Anspruch kommen dem antiken heliozentrischen Weltbild vor Kopernikus (1473–1543) gleich, sich selbst im Mittelpunkt der Welt zu sehen. Besonders der Westen sollte – um im Bild zu bleiben – in seiner Rolle rechtzeitig vom Zentralge-

stirn zu einem (sehr wichtigen) Planeten wechseln und damit den anderen Weltzonen vergleichbare Plätze anbieten. Sonst droht Kampf um Hegemonieansprüche statt neuer globaler Kooperationsformen. Denn auch wichtige andere Kulturzonen, nicht nur die islamische, gehen mit ethnozentrischer Selbstüberzeugung in die Globalisierung und haben die heute notwendigen Voraussetzungen kultureller Koexistenz noch kaum reflektiert. Die kulturelle Diversität der Welt kann sich als ein riesiges Potential an Kreativität nur dann fruchtbar entfalten, wenn die ihr gleichfalls innewohnenden Konfrontationsmechanismen gebändigt werden.

Die ambivalente sozio-kulturelle Wirkung globaler Kontakte auf Entwicklungsländer

Eine wesentliche Rolle in den Globalisierungsprozessen spielt die Kommunikation in Echtzeit über die elektronischen Medien, vor allem durch Telefon, Internet und Fernsehen.

Die Nutzung und Wirkung dieser Kommunikation hängt offensichtlich davon ab, ob die übermittelten Botschaften im Rahmen von bestimmten professionellen und wertorientierten Übereinkünften verwendet werden können. Dies gilt z. B. für weltumspannende Unternehmen, die die globale Kommunikation für die Zerlegung und internationale Organisation von Produktionsprozessen nutzen. Auch die weltweite wissenschaftliche Kooperation, die sich vernetzenden Nicht-Regierungsorganisationen oder der Tourismus können durch direkte persönliche Kontakte die sachliche und interkulturelle Verständigung bewältigen.

• Produzenten von Fernsehprogrammen oder Filmen, Journalisten oder Nachrichtenredakteure überblicken heute angesichts der globalen Kommunikation nicht mehr die Reichweite ihrer Medien. Außerhalb ihres Zielbereichs wächst nicht nur das Risiko von Missverständnissen, sondern auch die Gefahr, dass Medienbotschaften von autoritären Regimen oder interessierten Gruppen für ihre Zwecke instrumentalisiert werden und Konflikte auslösen.

• Massenmedien und Werbung üben weit reichende Einflüsse auf benachteiligte Menschen und Länder aus, mit Auswirkungen bis zur weltweiten Migration: „Kommerzielle Einflüsse aus allen Teilen der Welt werden durch Fernsehbilder zum Greifen nahe und wecken Sehnsüchte und Begehrlichkeiten, gerade bei Kindern und jungen Menschen, bei besonders Armen und Ausgegrenzten. Die eigene ökonomische und soziale Lage wird immer stärker dem Vergleich mit dem Rest der Welt unterzogen.“ (BMZ 2004)

• Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern fußen auf den westlichen Idealen von Freiheit und Marktwirtschaft, die aber an kulturelle Voraussetzungen gebunden sind, die anderswo nicht in der gleichen Weise gegeben sind. Vor allem in ihrer U.S.-amerikanischen Interpretation transportieren sie Grundzüge der so genannten „protestantischen Ethik“ nach Max Weber*. Sie stammen aus der Prädestinationslehre Calvins, interpretieren den individuellen wirtschaftlichen Erfolg als die Bestätigung Gottes für das moralische Wohlverhalten und legitimieren damit indirekt Materialismus, Konkurrenzdenken und exklusiven Reichtum. Der Neoliberalismus transportiert diese Botschaft heute bis in die letzten Winkel der Erde.

• Der Massentourismus hilft Entwicklungsländern, wichtige Devisen zu verdienen und Regionen abseits der Städte oder anderer Wirtschaftsschwerpunkte zu entwickeln. Andererseits vermittelt er in den Gastländern ein verzerrtes und problematisches Bild der Menschen aus den Industrieländern (Reichtum scheinbar ohne Arbeit, Verletzung der lokalen ethischen Normen in Sexualverhalten, Kleidung usw.) und provoziert so u. U. Gegenaktionen bis hin zu Terrorakten.

Die Sprengkraft dieser Einflüsse kann in traditionellen Kulturen die familien- und gemeinschaftsgebundene Lebensweise

* Max Weber: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band 1, Tübingen 1947

unterminieren und Gräben zwischen Bevölkerungsgruppen vertiefen. Aufgrund solcher Einflüsse werden oft traditionelle Bindungen, die auch Schutz bedeuten, zerstört oder aufgegeben, bevor entsprechende staatliche Instrumente der öffentlichen Ordnung, der Altersversorgung, der gemeinschaftlichen Risikobewältigung durch Versicherungen usw. greifen.

Wichtige Vermittler

Die globalisierte Welt muss sich den sozio-kulturellen Fragen und Konfliktpotentialen stellen. Für Deutschland hängen z. B. die interkulturelle Kompetenz als erfolgreiches Exportland oder die Erfolgsaussichten des deutschen militärischen Engagements in den Konfliktregionen der Welt davon ab. Binnenkonflikte in vielen Ländern müssen gelöst werden, auch um weltweit Millionen Migranten wieder integrieren zu können. Schließlich ist auch die Abwendung der drohenden ökologischen Katastrophen letztlich eine Frage des Verhältnisses zwischen kulturellen, sozialen und materiellen Orientierungen.

Kulturelle Entwicklungen sind keine von der Lebensrealität abgehobenen Prozesse, sondern werden immer von konkreten Menschen, Gruppen und Gesellschaften getragen. Insbesondere in Entwicklungsländern sind sie eng mit der **Herausforderung einer Mittelschicht** (G61) verbunden. Während die Eliten oft noch – vor allem durch ihren Grundbesitz – auf die

alten feudalen Strukturen zurückgehen und durch traditionelle autoritäre Praktiken ihre Privilegien halten wollen, gründet sich die Mittelschicht auf Bildung und sachrationale Professionalität. Sie erkämpft sich nicht nur politischen Einfluss, sondern modernisiert die wirtschaftlichen Strukturen und eröffnet so Wege für die breiteren Bevölkerungsschichten. Die kulturelle Synthese zwischen den Traditionen, westlichen Einflüssen und ihrer Anpassung an lokale Anforderungen wird in erster Linie von ihr geleistet.

Die schnelle **Verstädterung** der Entwicklungsgesellschaften, durch die auch Megastädte mit mehr als 10 Millionen Einwohnern kaum geplant und kontrolliert heranwachsen, schafft oft schwierige Bedingungen für die Bewältigung des sozialen und kulturellen Wandels. Viele Familien werden zerrissen, wenn insbesondere die Männer versuchen, in der Stadt Fuß zu fassen. Soweit es die Verkehrsmöglichkeiten erlauben, entstehen aber auch arbeitsteilige Beziehungen zwischen Stadt und Umland auf Familienbasis (G30a). Die stadtfernen Landbereiche verlieren dagegen durch die Landflucht ihre aktivsten Menschen, die Dörfer vergeisen. Die ländliche Lebensweise wird so als Hort der Traditionen und des Wissens um die Natur geschwächt, die beide für eine nachhaltige ländliche Entwicklung gebraucht werden.

Bildung und Medien sind die Bereiche, die einerseits für die Erhaltung des

jeweiligen kulturellen Erbes, andererseits für einen maßvollen kulturellen Wandel nötig sind. Sie müssen eine wichtige Orientierungsfunktion für die breite Bevölkerung übernehmen und den Ausgleich zwischen Traditionen und Veränderungen bewusster anstreben, als dies oben für die Massenmedien im globalen Kontext beschrieben wurde.

Eine wichtige Rolle im Kulturdialog spielen die **Kirchen**. Obwohl die Christen bei ihrem Vordringen in die Welt oft – mit Absicht oder nicht – die einheimischen Kulturen unterdrückt haben, enthalten kirchliche Quellen oftmals die wichtigsten kulturgeschichtlichen Informationen, und die heutige Mission passt sich an diese kulturellen Wurzeln an. Der globale interreligiöse Dialog wird dringend für den Frieden zwischen den Kulturen benötigt.

Eine weitere Vermittlerrolle kommt den **internationalen Organisationen** wie etwa der UNESCO zu, ferner den nationalen Kulturinstituten wie dem deutschen Goethe-Institut. Sie sind in vielen Ländern die einzigen unabhängigen Podien auch für einheimische Engagierte in Gesellschaft und Kunst.

Es scheint, dass die globale Entwicklung im 21. Jahrhundert insgesamt mehr von der kulturellen Selbstvergewisserung und der interkulturellen Verständigung in der Welt abhängen wird als vom Fortschritt in einzelnen technischen oder wissenschaftlichen Bereichen. Eine bessere Balance zwischen den selbstbewusster werdenden außereuropäischen Kulturen und den „westlichen“ Einflüssen im Modernisierungsprozess wäre sicher ein Schlüsselfaktor für eine friedlichere globale Entwicklung. Die Wahrnehmung und Anerkennung der Menschen in ihrer jeweiligen sozio-kulturellen Eigenart könnte helfen, den von Samuel P. Huntington beschriebenen globalen „Kampf der Kulturen“ zu vermeiden (G55).

Der Westen hat in Jahrhunderten der Dominanz – trotz großer Verfehlungen bei der Kolonisierung der Welt – das Verdienst erworben, die Welt als Ganzes erschlossen zu haben. In der Unruhe dieser Welt ist er heute noch ein Ort des Friedens und Fortschritts. Angesichts der schon längst eingetretenen Minderheitensituation in der globalen Bevölkerungszahl und des wirtschaftlichen Aufholens der Schwellenländer wäre der Westen aber gut beraten, heute glaubhafte Formen der kulturellen Koexistenz anzustreben.

Moschee im westsudanesischen Lehmbaustil in Larabanga, im Norden Ghanas. Die Moschee wurde 1421 erbaut.



G53 Ist Demokratie in Afrika möglich?

Erlaubt Afrikas sozio-kulturelles Erbe demokratische Strukturen und eine geordnete Entwicklung?

Die Politik in vielen Staaten ist stark personalisiert und beruht auf neopatrimonialen Strukturen. Grundannahme des Neopatrimonialismus ist, dass traditionelle, patrimoniale Patron-Klient-Beziehungen parallel zu modernen Institutionen existieren und diese Letzteren in ihrer Effizienz und Logik manipulieren. Politische Entscheidungen fallen daher oftmals in inoffiziellen, informellen Institutionen vorbei an den dafür verfassungsmäßig vorgesehenen Institutionen. Begleitet wird neopatrimoniale Herrschaft durch ein hohes Maß an Korruption und Personalisierung, die häufig verstärkt wird durch präsidentiale Regime mit hoher Machtkonzentration. Die neopatrimoniale „Grammatik der Politik“ in Afrika – basierend auf dem Tauschverhältnis politische Loyalität gegen materielle Vorteile – erschwert die Etablierung demokratischer Systeme...

Im Kontext der politischen Entwicklung in Afrika erhalten diese Regime ... durch den Neopatrimonialismus ihre besondere Prägung. Diese Konzeption geht auf Max Weber zurück, der die in traditionellen Gesellschaften vorherrschende patrimoniale Handlungslogik – verstanden als auf persönliche Macht gestützte individuelle Autorität – der rational-legalen, bürokratischen Handlungslogik gegenüberstellt. Neopatrimonialismus ist ein modernes Phänomen, das in nachkolonialen Gesellschaften durch die Inkorporation patrimonialer Logik in bürokratische Institutionen gekennzeichnet ist. Zentrale Merkmale neopatrimonialer Herrschaft sind stark personalisierte Machtausübung, Patronage, Klientelismus und Nepotismus und die Privatisierung öffentlicher Ressourcen zur politischen Legitimation und Selbstbereicherung.

Quelle: Cord Jakobeit/Rainer Tetzlaff, Das nachkoloniale Afrika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft, Wiesbaden 2005

G54 Fördern „asiatische Werte“ die wirtschaftliche Entwicklung?

In der asiatisch-pazifischen Region wurde mit dem Wirtschaftsboom in den 90er-Jahren der Diskurs über die „asiatischen Werte“ forciert. Auf der Grundlage der eindrucksvollen Wirtschaftsentwicklung vor allem in den „Tigerstaaten“ Südasiens und zuvor schon Japans wurde von Vertretern autokratischer Regime versucht, diese Entwicklung auf die „asiatischen Werte“ der Gemeinschaftsorientierung, der Disziplin und der autoritären „asiatischen Demokratie“ zurückzuführen, die auch mit dem Konfuzianismus in Verbindung gebracht wurden.

Entscheidend war das Ziel, den Erfolg auf den globalen Märkten zu nutzen, um aus einer Position der Stärke heraus „westliches“ demokratisches Gedankengut fernzuhalten und so das Verlangen nach einer politischen Liberalisierung abzuwehren. Dementsprechend wurde die Demokratie zusammen mit Individualismus und Dekadenz auf die Negativliste westlicher Einflüsse gesetzt. Wortführer in diesem ungewohnt offensiven Kulturdialog waren vor allem Singapur und Malaysia unter ihren damaligen politischen Führern, dem Staatschef Lee Kuan Yew (1959–1990) und dem Premierminister Mahathir Mohamad (1981–2003).

Im Westen wurde andererseits bei der immerwährenden Suche nach erfolgreichen Wirtschafts- und Managementstrategien überlegt, ob asiatische Philosophien ertragsfördernd übernommen werden sollten. Immerhin hatte die südostasiatische Musterregion drei Jahrzehnte überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum vorzuweisen. Auch die breite Bevölkerung konnte die Armut überwinden, ja teilweise an westliche Konsumniveaus anschließen.

Die schwerwiegende Finanzkrise im asiatisch-pazifischen Raum von 1997 bis 1999 dämpfte dann dort und im Westen die neu erwachte Begeisterung für die „asiatischen Werte“. Vielfach drehte sich die Argumentationsrichtung sogar um: die autoritären Strukturen wie der massive staatliche Einfluss auf die Wirtschaft und die fehlende Selbstkontrolle des staatlich be-

herrschten Finanzsektors hätten die Krise verursacht, die also primär durch Demokratisierung überwunden werden müsse. Die Kritiker der „asiatischen Werte“ sahen das autoritäre Gebaren der dortigen Regime demaskiert, das sie hinter konfuzianischen und anderen kulturellen Traditionen versteckt hätten.

Kulturen im Entwicklungsprozess

Jenseits der vordergründigen politischen und wirtschaftlichen Instrumentalisierungsversuche der kulturellen Traditionen durch asiatische Machteliten stellt sich die Frage, in welchem Verhältnis die sozio-kulturellen Rahmenbedingungen zu den Entwicklungs- und Globalisierungsprozessen stehen:

- Sind sie nützlich für die wirtschaftliche Entwicklung, wie es dem Konfuzianismus nachgesagt wird?
- Sind damit verbundene autoritäre Tendenzen nützlich (oder zumindest tolerierbar) für die Bündelung der Kräfte in einer Übergangszeit, bis die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes global konkurrenzfähig ist?
- Sind sie – zumindest auf einem höheren Niveau wirtschaftlicher und technologischer Entwicklung – schädlich, weil sie die freie Entfaltung der individuellen Potenziale und Kreativität behindern?
- Wie verhält sich die mit den „asiatischen Werten“ behauptete Gemeinschaftsorientierung zur Tatsache krassester sozialer Unterschiede und zum gravierenden Armutsproblem in wichtigen Ländern Asiens?
- Wie steht es um unsere eigenen Aussichten in einer globalisierten Welt? Demokratische Länder mit allen ihren individuellen Freiheiten sind offensichtlich nicht automatisch den stärker gemeinschaftsorientierten Gesellschaften und Wirtschaftssystemen überlegen, insbesondere wenn ihre inneren Reibungsverluste durch ein Überziehen der Individualisierung und gesellschaftlichen Differenzierung weiter zunehmen. Werden die Asiaten – allen voran die Milliardenbevölkerungen Chinas und Indiens – Europa ge-

G55 Kampf der Kulturen?

Kultur und die Identität von Kulturen, auf höchster Ebene also die Identität von Kulturkreisen, prägen heute, in der Welt nach dem Kalten Krieg, die Muster von Kohärenz, Desintegration und Konflikt. Die fünf [zentralen Thesen] lauten:

1. Zum ersten Mal in der Geschichte ist globale Politik sowohl multipolar als auch multikulturell; Verwestlichung ist etwas anderes als Modernisierung; und wirtschaftliche und soziale Modernisierung erzeugt weder eine universale Kultur irgendeiner Art noch die Verwestlichung nicht-westlicher Gesellschaften.

2. Das Machtgleichgewicht zwischen den Kulturkreisen verschiebt sich: Der Westen verliert an relativem Einfluss; asiatische Kulturen verstärken ihre wirtschaftliche, militärische und politische Macht; der Islam erlebt eine Bevölkerungsexplosion mit destabilisierenden Folgen für muslimische Länder und ihre Nachbarn; und nichtwestliche Kulturen bekräftigen selbstbewusst den Wert ihrer eigenen Grundsätze.

3. Eine auf kulturellen Werten basierende Weltordnung ist im Entstehen begriffen: Gesellschaften, die durch kulturelle Affinitäten verbunden sind, kooperieren miteinander. Bemühungen, eine Gesellschaft von einem Kulturkreis in einen anderen zu verschieben, sind erfolglos; und Länder gruppieren sich um die Führungs- oder Kernstaaten ihrer Kultur.

4. Seine universalistischen Ansprüche bringen den Westen zunehmend in Konflikt mit ande-

Fortsetzung auf Seite 121

rade in der nachhaltigen Entwicklung überholen, die eine stärkere Abstimmung (Kohärenz) der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Entwicklung erfordert?

Die rapide Modernisierung gerade in Singapur und Malaysia, geschweige denn in China, hat trotz der wirtschaftlichen Erfolge nicht zu einer politischen Liberalisierung geführt. Nach der Statistik war Singapurs Bruttonationaleinkommen 1994 fast so groß wie das Australiens. Trotzdem gibt es nicht die im Westen für unerlässlich gehaltene Paarung von Marktwirtschaft und Demokratie, sondern politische wie wirtschaftliche Mischformen. Kapitalistische Wirtschaft mit einem hohen Modernisierungsgrad wird in einem autoritären Gesellschafts- und Staatssystem betrieben – und ist (bislang zumindest) erfolgreich.

Doch häufen sich z.B. in Singapur die Bedenken, ob die im Rahmen der „asiatischen Werte“ so sehr beschworene Gemeinschaftsorientierung nicht generell (von der Demokratieforderung abgesehen) Zwänge ausübt und damit den Weg zu einer kreativen Wissensgesellschaft blockieren könnte. Die Präferenzen müssten dann zwischen Gemeinschaftsorientierung und Geistesfreiheit neu austariert werden, wenn man die jeweiligen Übel vermeiden will – Denkblockaden durch Gehorsam, Konformität und Anpassung auf der einen Seite versus gesellschaftliche Desintegration, Individualisierung und Dekadenz auf der anderen Seite.

Quelle: Autorentext

Fortsetzung G55 von Seite 120

ren Kulturkreisen, am gravierendsten mit dem Islam und China. Auf lokaler Ebene bewirken Bruchlinienkriege (im Wesentlichen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen) den „Schulterabschluss verwandter Länder“, die Gefahr einer breiteren Eskalation und damit Bemühungen von Kernstaaten um Eindämmung und Unterbindung dieser Kriege.

5. Das Überleben des Westens hängt davon ab, dass die Amerikaner ihre westliche Identität bekräftigen und die Westler sich damit abfinden, dass ihre Kultur einzigartig, aber nicht universal ist, und sich einigen, um diese Kultur zu erneuern und vor der Herausforderung durch nicht-westliche Gesellschaften zu schützen. Ein weltweiter Kampf der Kulturen kann nur vermieden werden, wenn die Mächtigen dieser Welt eine globale Politik akzeptieren und aufrecht erhalten, die unterschiedliche kulturelle Wertvorstellungen berücksichtigt.

Quelle: S. P. Huntington, Kampf der Kulturen. München/Wien 1996, S. 19

G56 Dialog der Kulturen

Dass Samuel Huntington zwar ein marktgängiges Produkt, aber eben auch eine unzutreffende Theorie entwickelt hat, sollte deutlich geworden sein. Der kulturelle Faktor ist wichtig, auf Grund der Globalisierungsfolgen auch deutlich wichtiger als in der vergangenen Geschichtsepoche. Er wird jedoch durch andere Prozesse gebrochen und relativiert: durch die Machtrivalitäten der Staatenwelt, durch die Kooperationszwänge der Handelsstaaten in der Wirtschaftswelt, deren Zahl zunimmt, und durch die Beziehungen der Gesellschaftswelt über Staatsgrenzen hinweg.

An der Berechtigung der ... Entschuldigung für den „westlichen Kulturimperialismus“ müssen Zweifel angemeldet werden: Warum müssen eigentlich manche westliche Intellektuelle nach der Anbetung der Totalitarismen Stalins und Maos nun schon wieder ein Programm zur

Inschutznahme von Unterdrückung erfinden, diesmal auch noch unter dem Deckmantel kultureller Toleranz?

Im Gegensatz dazu ist es völlig sinnvoll und gerechtfertigt, westliche Ideen der Menschenrechte und der Demokratie nach außen zu vertreten; dabei gilt es jedoch durchaus, offen zu sein für Impulse der Gemeinschaftlichkeit und der Re-Solidarisierung, die auch unseren eigenen Gesellschaften beim Absichern ihrer Errungenschaften nützlich sein können. Dialog, nicht Kampf der Kulturen, verspricht Erfolg für die Zukunft.

Quelle: H. Müller, Der Mythos vom Kampf der Kulturen. In: E+Z 10/1998, S. 264

G57 Verständnisprobleme

Der Koran verkörpert den umfassenden Wahrheits- und Gültigkeitsanspruch des Islam für die gesamte Lebensrealität - in manchen islamischen Ländern noch verstärkt durch die dortigen sozio-kulturellen Rahmenbedingungen und Traditionen:

Verschmelzung mit arabischen Kulturelementen, insbesondere was Stellung und Rolle der Frau betrifft (anders als z. B. in Kurdistan oder in Indonesien mit seinem malayischen Kulturerbe ursprünglich matriarchalischen Charakters, wo Frauen sich auch nicht verschleiern).

In Ländern ohne Trennung von Staat und Kirche (Theokratien) erfolgt Gleichsetzung des religiösen Wahrheitsanspruchs mit dem staatlichen Recht in der Scharia. In autoritären Staaten lässt zudem die Informationspolitik über gesteuerte Medien keine Deutungsalternativen und Verhaltensfreiheiten zu. Dieses geschlossene Weltbild mit Ausschließlichkeitsanspruch blockiert innere Modernisierung und externen Dialog. In dieser Konstellation erscheinen die westlichen individuellen Freiheiten und die Demokratie als gottlos. Zerbilder des „dekadenten westlichen Lebensstils“ (Hollywoodfilme etc.), der Niedergang gegenüber einer glanzvollen kulturellen Führungsrolle des Islam und das Bedrohungsgefühl durch die westliche technologische und wirtschaftliche Überlegenheit können sich zum Hass gegen „den Westen“ verbinden. Radikale Islamisten sehen ihren Kampf gegen den Westen oft als religiöse Pflicht.

Quelle: Autorentext

G59 Führt kulturelle Vereinheitlichung zur Weltgesellschaft?

Die Entwicklungen in den westlichen pluralistischen Gesellschaften in Richtung sachrationaler Daseinsgestaltung, Wissensgesellschaft und gesellschaftlicher Differenzierung haben die Rolle von Traditionen, einheitlicher Wertorientierung und kultureller Prägung zurückgedrängt. Manche Autoren folgern daraus, die Kulturen hätten sich ohnehin weitgehend angeglichen und seien in offenen Gesellschaften bedeutungslos. Entscheidend seien heute die individuellen Unterschiede zwischen den Men-

Fortsetzung auf Seite 122

G58 Das schwierige Verhältnis zwischen Westen und Islam

Europa erlebte vom 16. Jahrhundert an nicht nur militärisch einen dramatischen Aufschwung. Der Reformation des Christentums, der künstlerischen Blüte der Renaissance, hatte der Islam nun nichts mehr entgegenzusetzen. Seine strengen Regeln standen einer rapiden Lebensveränderung im Wege, der Westen übernahm die zivilisatorische Führung – Orient und Okzident entfernten sich immer weiter.

Die europäische Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert legte schließlich die Grundlage für eine wahre Wissensexplosion. „Wissen ist Macht“, propagierte der Brite Francis Bacon.

Mit Napoleons fast spielerisch leichtem Sieg im

Ägypten-Feldzug 1798 begann für die Muslime dann ein Zeitalter der Ohnmacht, das bis heute reicht und das in ein Trauma der islamischen Welt mündete – Muslime sehen sich ausgebeutet, vor allem aber ausgeschlossen, ausgegrenzt von einer modernen industrialisierten Welt...

Die Demütigung geht tief. Die Rhetorik der Scharfmacher verfährt schnell; neue Helden wie der Terroristenchef Osama Bin Laden fangen mit ihren griffigen Thesen, der Westen sei generell und aggressiv islamfeindlich, Millionen ihrer Glaubensbrüder ein...

Quelle: D. Bednarz, M. Ertel et al., Tage des Zorns – Der heilige Hass. In: SPIEGEL Nr. 6 / 2006, S. 88 ff.

G58a Die Ethik im Islam

Verzicht auf eigene Wünsche

Kritisch sehen viele Muslime den Individualismus, das globale kapitalistische Wirtschaftssystem und den Fortschritt in Wissenschaft, Technologie und Medizin ohne Beachtung der Ethik. Der Individualismus des Westens stellt das Individuum und seine Bedürfnisse in den Vordergrund. Der Islam betont die Solidarität, Unterordnung und manchmal sogar den Verzicht auf eigenes Wollen zum Wohle der Gemeinschaft... Das globale kapitalistische Wirtschaftssystem ist auf Profit ausgerichtet. Die islamische Ethik sieht darin eine falsche Prioritätensetzung. Sie sieht den Menschen als „Stellvertreter Gottes“ (Sure 2, 30) auf Erden, der die Welt schöpferisch gestalten soll und nicht als Statist zusieht, wie sich der Teufelskreis der Sachzwänge verselbstständigt. Der Fortschritt in Wissenschaft, Technologie und Medizin wird bejaht, wenn gewährleistet ist, dass dabei nicht die zulässigen Grenzen der göttlichen Ordnung überschritten werden. Ethik und Fortschritt müssen aufeinander bezogen sein. Es gibt Divergenzen zwischen der klassischen Ordnung des Islams und dem modernen Staat. Ein Kompromiss aber ist möglich, weil der moderne Staat ausreichend Gestaltungsspielräume für individuelle Glaubensüberzeugungen und Handlungsweisen bietet...

Glaube und rechtes Tun

Die Ethik im Islam garantiert – nach Überzeugung der meisten Muslime – eine Ordnung, die ins Einzelne geht und Orientierung für das Verhalten von Menschen gibt. Bezugspunkt ist der Wille Gottes. Die Ordnung ist somit theonom, ein Autonomieanspruch des Menschen besteht nicht. Damit steht sie im Widerspruch zur modernen [westlichen] Welt.

Die Ordnung Gottes ist vor allem im Koran, dem heiligen Buch der Muslime, zugrunde gelegt... Glaube und rechtes Tun gehören demnach zusammen. Eine Trennung der beiden in ein religiöses Verhalten beim Gebet und einen von Gottes Normen unberührten Alltag widerspricht der göttlichen Ordnung.

Nach dem Tode Mohammeds (632 n. Chr.) hat sich gezeigt, dass die im Koran zugrunde gelegte Ordnung zwar viele Einzelfälle anspricht, aber kein System enthält, aus dem sich ableiten lässt, wie neu auftretende Fragen beantwortet werden sollen. Deshalb kam als weitere Rechtsquelle das hinzu, was Mohammed persönlich gesagt hat (Hadith) und was er getan hat (Sunna).

Quelle: P. Antes, Die Ethik des Islams. In: Das Parlament Nr. 1/2, 2. 1. 2007

Fortsetzung G59 von Seite 121

schen, die prinzipiell in jeder Gesellschaft leben könnten. Von der kulturellen Zugehörigkeit auf bleibende persönliche Eigenschaften zu schließen sei deshalb quasi rassistisch. Derartige „Vorurteile“ müssten pädagogisch bekämpft werden.

Auf dieser Grundlage wurde die zunehmende Migration positiv als kulturelle Bereicherung empfunden und eine „multikulturelle Gesellschaft“ als Öffnung zur Welt begrüßt. Hinweise, wie stark Kulturen das Verhalten prägen und wie viele schwere Konflikte in der Welt kulturelle Ursachen oder Mitursachen haben, werden als „Kulturalismus“ abgelehnt. Radikalere Verfechter dieser Richtung halten deshalb auch Grenzen für eine überlebte Einrichtung früherer Zeitalter. Die Weltgesellschaft sei schon Realität, wie R. Stichweh vom Bielefelder Institut für Weltgesellschaft ausführt:

„Die Weltgesellschaft ist das einzige Gesellschaftssystem, das es gegenwärtig auf der Erde noch gibt... Die Existenz nur noch eines einzigen, weltweiten Gesellschaftssystems (deutet) auf einen dramatischen Umbruch hin. Dieser hat sich in den letzten fünf- bis sechshundert Jahren langsam vollzogen, seit sich mit dem Aufstieg und der globalen Expansion des europäisch-atlantischen Gesellschaftssystems zum erstenmal eine ‚Großreichsbildung‘ durchsetzte, ... die ... eine ‚Gesellschaft‘ hervorbrachte. Bei aller Ungleichartigkeit und Konflikthaftigkeit, die diese Gesellschaft durchzieht, sind gerade die Unterschiede und Konflikte als gesellschaftsbildende Momente zu verstehen. Heute hat die Weltgesellschaft, ungeachtet ihres westlichen Ursprungs, auch die anderen großen Kulturen, die die Vormoderne prägten, absorbiert.... Die Weltgesellschaft gründet nicht auf dem Zusammenstoß großer Zivilisationen (wie Huntington meint), sondern setzt sich über funktionale Differenzierung durch. Damit ist gemeint, dass große Funktionskomplexe als weltweite Kommunikationszusammenhänge entstehen, die die Autonomie der Regionalkulturen der Welt gewissermaßen aushöhlen. Nicht nur die üblicherweise genannten Bereiche ‚Weltwirtschaft‘ und ‚Weltpolitik‘ sind hier anzuführen. Die Herausbildung eines globalen Kommunikationszusammenhangs findet ebenso in einer Reihe anderer Funktionskomplexe statt: Weltreligionen und Weltliteratur sind historisch frühe Beispiele; der globale Vergleichszusammenhang des Sports ist seit der ersten Olympiade der Neuzeit (1896) etabliert; und ... vieles andere mehr gehören heute weltweiten Beobachtungs-, Vergleichs- und Kommunikationssystemen zu. Alle diese Funktionssysteme sind zudem Produzenten globaler Semantiken, die in den Regionalkulturen der Welt die Einheitlichkeit nach innen und die Geschlossenheit nach außen unterminieren ...“

Quelle: Autorentext; Zitat: Rudolf Stichweh, Strukturen der Weltgesellschaft. In: Frankfurter Rundschau 3. März 2001

G60 Bildung und Mittelschicht im sozio-kulturellen Wandel

Anders als in den westlichen Ländern, wo die Mehrzahl der Bevölkerung der Mittelklasse zuzurechnen ist, ist die Bildung einer Mittelklasse in vielen Entwicklungsländern relativ neu. Die Gesellschaftsstruktur war meist durch eine breite Armutsbevölkerung und eine nur schmale Elite gekennzeichnet, die nicht von beruflichen Leistungen lebte, sondern von „Renteneinkommen“. Solche leistungsunabhängigen Einkommen stammen vor allem aus Grundbesitz und Verfügung über Abhängige. Die Lebenswelt in dieser traditionellen und statischen Gesellschaftsstruktur ist engstens mit autoritären, personengebundenen Abhängigkeiten (Gehorsam und Anpassung, kaum individuelle Möglichkeiten der Lebensgestaltung) verbunden – im Gegensatz zu westlichen Gesellschaften. Dort greifen auch in die engere Lebenswelt und die persönlichen Beziehungen die sachfunktionalen Regeln des Staates ein und erhöhen die Chancengleichheit.

Die Bildung einer unabhängigen und leistungsorientierten Mittelklasse ist also ein sozialer Befreiungsakt aus alten Abhängigkeiten und insofern äußerst relevant auch für den Kulturwandel. Die sozialen Veränderungen müssen aber keineswegs bedeuten, dass alle tradierten kulturellen Werte ihre Gültigkeit verlieren. Die Orientierungssuche in einer Zeit des Umbruchs kann ebenso die grundlegenden Werte betonen, sofern sie mit den neuen sachrationalen Berufserfordernissen kompatibel erscheinen. Dabei gibt es natürlich Brüche und Unsicherheiten, die auch zu Radikalisierungen sowohl in progressiver Richtung (Ausbrechen aus dem Familienverband, Forderungen nach politischer Demokratisierung usw.) als auch zu einem religiösen oder kulturellen Fundamentalismus führen können.

Diese Veränderungen werden durch die Bildungsreformen (Grundbildung für alle, Aufbau von Universitäten, einzelne Initiativen beruf-

licher Ausbildung) direkt und indirekt vorangetrieben. Viele Absolventen erwarten eine Stelle in modernen Berufen und in den rasch wachsenden Städten. Andererseits können die modernen Wirtschaftssektoren in vielen Ländern trotz Wirtschaftswachstums nicht die jährlich stark anwachsende Flut von Absolventen beschäftigen. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit unter gut ausgebildeten Jugendlichen stellt in vielen Ländern ein politisches Risikopotential dar. Aus der frustrierenden Situation heraus, die sie oft zur Rückkehr in ihre ländlichen Familien zwingt, neigen sie zu Radikalisierungen und fordern ihre lebensweltliche Umgebung ebenso wie die politischen Regime heraus. Deren Engagement im globalen interkulturellen Dialog hat also nicht nur eine externe Stoßrichtung gegen „den Westen“, sondern auch eine große interne Bedeutung bei der Steuerung von sozialem, wirtschaftlichem und politischem Wandel.

Beispiele für die Entwicklung einer relativ breiten Mittelschicht (von wenigen Prozent bei der Unabhängigkeit bis heute zu mindestens einem Drittel bzw. zwei Dritteln der Erwerbsbevölkerung) sind Malaysia und Singapur aus der Gruppe der „Tigerstaaten“, während z. B. China weit hinter dieser Entwicklung liegen dürfte. Trotz großer Unterschiede in den einzelnen asiatischen Ländern haben Asien insgesamt und auch Südamerika in diesen Aspekten einen großen Vorsprung vor Afrika, dem Kontinent mit den größten Entwicklungsproblemen.

Die enge Verbindung kultureller Entwicklungen mit gesellschaftlichen Schichten, ethnischen oder sozialen Gruppierungen und politischen Akteuren macht deutlich, dass lebensweltliche Kultur und ihre Werte nicht einfach dekretiert werden können, sondern eben komplexe „sozio-kulturelle“ Identitäten mit großer Beharrlichkeit im Wandel der Zeit darstellen.

Quelle: Autorentext

Aufgaben

1. Nennen Sie Sachverhalte, die die Grundlage für die Vorstellungen von der „Einen Welt“ bzw. einer „Weltgesellschaft“ bilden, welche stehen ihnen entgegen?
2. Die „Eine Welt“ zeichnet sich auch durch eine ausgeprägte kulturelle Differenzierung aus. Erläutern Sie die Rolle des Perspektivenwechsels für eine der Realität angemessene Analyse der kulturellen Vielfalt.
3. Vergleichen Sie die soziokulturellen und historischen Voraussetzungen für die Entwicklung von Demokratie und Marktwirtschaft im „Westen“ und in anderen Kulturkreisen (z. B. im Islam).
4. Nehmen Sie Stellung zu der These: „Kontakte mit der westlichen Zivilisation haben ambivalente soziokulturelle Wirkungen auf Entwicklungsländer.“ Belegen Sie Ihre Stellungnahme mit Beispielen.
5. Identifizieren Sie kulturell tradierte Verhaltensweisen anderer Kulturkreise, die aus hiesiger Sicht gegen Wertvorstellungen / die Menschenrechte / die deutschen Gesetze verstoßen.
6. Nennen Sie Faktoren, mit denen bestimmte außereuropäische Kulturen ihren Vorwurf „westlicher Dekadenz“ begründen. Was könnte zur Stärkung dieses Vorwurfs beitragen haben?
7. Kennen Sie Wertvorstellungen und Verhaltensweisen anderer Kulturen, die auch für den „Westen“ eine gewisse Attraktivität besitzen und übernehmerswert sein könnten?
8. Nehmen Sie Stellung zu der Frage, ob der internationale Terrorismus als „Kampf der Kulturen“ (Huntington) betrachtet werden kann.
9. Beschreiben Sie Instrumente, Prozesse, Institutionen, Handlungsmöglichkeiten zur interkulturellen globalen Verständigung und diskutieren Sie ihre Wirksamkeit.
10. Belegen Sie an Beispielen, dass die globale sozio-kulturelle Diversität nachhaltige Entwicklung fördern, aber auch erschweren kann.

Bildung und Entwicklung

In vielen Entwicklungsländern ist die Hälfte der Bevölkerung unter 18 Jahre alt, also im Bildungsalter, auch wenn sich das Bevölkerungswachstum durch die abnehmenden Geburtenzahlen in vielen Ländern schon verlangsamt.

Weltweit sind 1,4 Milliarden junge Menschen im Alter von 12 bis 24 Jahre, davon 1,2 Milliarden in Entwicklungsländern. Noch nie gab es so viele junge Menschen auf der Erde mit all ihren Hoffnungen und Potentialen – aber teilweise in sehr schwierigen Rahmenbedingungen.

Mehr Schulen allein genügt nicht

Das Bildungsanliegen wurde vor allem durch die UN-Konferenz „Bildung für alle“ 1990 in Jomtien (Thailand) angestoßen und seither in weiteren wichtigen Beschlüssen bestärkt und fortgeschrieben. Damit war zunächst vor allem die „Grundbildung“ gemeint – einschließlich der Alphabetisierungsmaßnahmen außerhalb der Schule.

Anders als in Deutschland trennen die meisten Länder nicht zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium, sondern haben ein Einheitsschulsystem. Nach der 5. oder 6. Jahrgangsstufe der „Primarschule“ wechseln die Schüler in die Sekundarstufe („Lower Secondary“), wo nach insgesamt 8 bis 9 Schuljahren im Alter von ca. 15 Jahren die Schulpflicht endet. Wer entsprechende Leistungen erreicht und die Kosten (Schulgebühren, Uniform, Nachhilfe, Materialien usw.) tragen kann, strebt über die Sekundarstufe II an die Universitäten, die das praktisch alternativlose Bildungsziel sind. Dort finden auch kürzere Kurse statt (z. B. die Ausbildung von Krankenschwestern), die in Deutschland zur beruflichen Bildung zählen würden. Deshalb muss im internationalen Systemvergleich das deutsche berufliche Schulwesen als „post-secondary vocational and technical education“ bezeichnet werden, wobei zu beachten ist, dass „technical“ ganz allgemein „Fach-“ oder „fachlich“ bedeutet und nicht auf technische Richtungen begrenzt ist.

Die einseitige Ausrichtung vieler Bildungssysteme auf die akademische Aus-

bildung, die (trotz der zunehmenden Zahl von Universitäten in den Entwicklungsländern) oft nur von einem kleinen Teil der Schulabgänger erreicht und erfolgreich beendet werden kann, führt viele Schüler in eine gefährliche Sackgasse. Denn berufliche Bildung wird zu wenig angeboten, und die Konkurrenz der starken Jahrgänge um die unzureichende Zahl von Arbeitsplätzen in modernen Bereichen ist hart. Von unterschiedlichen Trägern veranstaltet, sind berufliche Ausbildungskurse meist nicht systematisch mit dem staatlichen Schulwesen und seinen Abschlüssen bzw. mit durchgängig geordneten Berufsbildern abgestimmt. Das deutsche Duale System der Berufsausbildung wurde in etliche Länder erfolgreich exportiert, oft fehlen aber berufliche Schulen und Ausbildungsbetriebe als die notwendigen Partner, oft liegen seine Ausbildungsstandards zu weit über dem Durchschnittsniveau, was Teilnehmer zum vorzeitigen Verlassen der Ausbildung verleitet.

Diese Bildungsprobleme können zur Arbeitslosigkeit von Akademikern einerseits

und zu Fachkräftemangel andererseits führen. Es fehlt auch das Mittelmanagement in den Unternehmen. Nur langsam kann eine gesellschaftliche Mittelschicht heranwachsen, die im Demokratisierungsprozess dringend gebraucht wird.

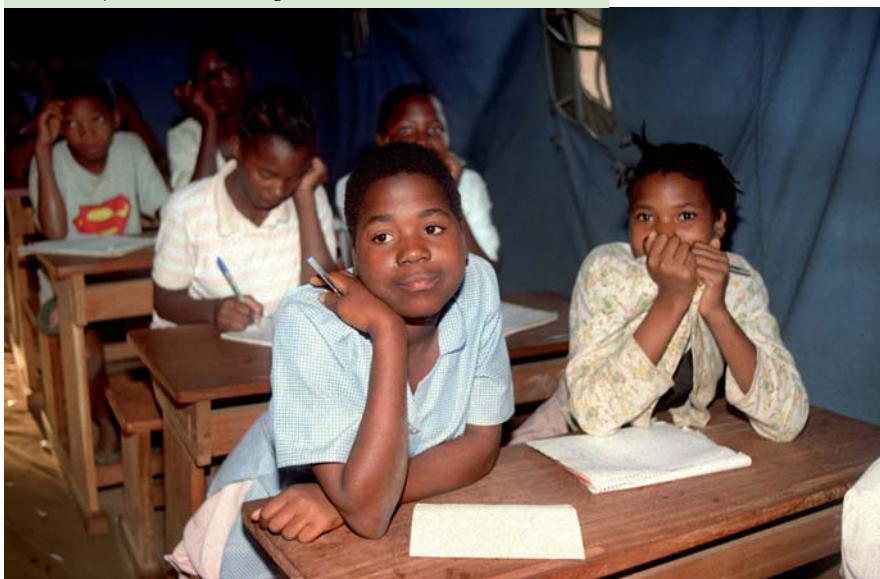
Große Fortschritte einerseits – offene Probleme andererseits

Viele Entwicklungsländer haben in den letzten Jahrzehnten beträchtliche Fortschritte im Bildungswesen erreicht. Sie lassen sich für die einzelnen Bildungsstufen wie folgt beschreiben:

Primarschule

Von der Mitte der 60er Jahre bis zum Ende der 90er Jahre nahm die Zahl der Primarschüler weltweit von rund 300 auf fast 700 Millionen zu. Die Netto-Einschulungsrate (Verhältnis altersgerechte Schulkinder zur gesamten Jahrgangsstärke) stieg in den Entwicklungsländern von 50 % auf 88 % (2005), während sie in den Industrieländern 96 % beträgt.

Aus Zeltplanen wurde diese provisorische Schule in Mosambik nach der Flutkatastrophe im Jahr 2000 aufgebaut.



Aber: 77 Millionen Kinder haben noch keinen Zugang zur Primarschule (G65). Ihre typischen Merkmale sind: 53 % Mädchen, 82 % aus Landgebieten, 77 % aus den ärmsten 20 % der Bevölkerung, 75 % haben eine Mutter ohne Schulbildung (G68). Es wird aber auch berichtet, dass der Schulbesuch an einem fehlenden Geburtsschein scheitern kann.

Die hohen Schuleintrittszahlen sind keine Garantie für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn. In den ärmsten Entwicklungsländern gibt einer von fünf Schülern noch vor Ende der Primarschule auf. Mit so wenigen Schuljahren haben Kinder noch kaum die Grundfertigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens erlernt, bzw. vergessen diese schnell wieder ohne entsprechende Anreize im Alltag. Die theoretisch bestehende Schulpflicht kann in der Realität nicht erzwungen werden.

Etwa 52 Länder laufen durch mangelnde Einschulungs- oder Abschlussquoten Gefahr, das politische Ziel des Grundbildungsabschlusses für alle zu verfehlen.

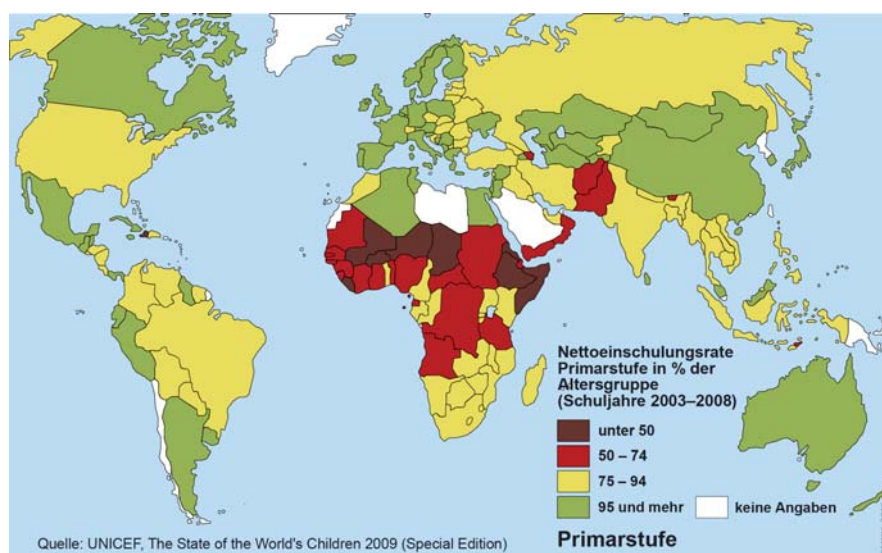
Bei Einschulungsraten zeigen Prozentwerte über 100 %, dass Kinder jenseits der vorgesehenen Altersgruppe die entsprechende Bildungsstufe besuchen. Das kann ein Nachholprozess derer sein, die vorher keinen Zugang hatten, kann aber auch auf mangelnde Qualität des Unterrichts und zu viele Wiederholer verweisen.

Sekundarbildung

Der Eintritt in die untere Sekundarstufe, für die meist Schulpflicht besteht, hat weltweit auf 67 % (Jungen) bzw. 63 % (Mädchen) zugenommen. Für die Entwicklungsländer betragen diese Werte 62 bzw. 57 %, während in den ärmsten Ländern nur 35 bzw. 29 % der Jungen und Mädchen in die Sekundarstufe eintreten können.

Die obere Sekundarstufe (in Deutschland die Oberstufe des Gymnasiums), die zur Hochschule führt, hat dagegen weniger Zuwachs zu verzeichnen. Im Schnitt der Entwicklungsländer besuchen nur 46 bzw. 43 % der Jungen und Mädchen die ganze Sekundarstufe, in den ärmsten Ländern sogar nur 22 bzw. 20 %.

In den meisten Ländern ist die Berufsbildung wenig ausgebaut, ist nicht Teil der Sekundarstufe und damit des formalen Bildungssystems. Deshalb fehlt die Berufsbildung in internationalen Vergleichen der Bildungssysteme. In Deutschland erwerben ca. 70 % aller Schulabgänger (auch) einen beruflichen Bildungsabschluss, dies vor allem im Dualen System.



Hochschulen

Weltweit nahm die Zahl der eingeschriebenen Studenten zwischen 1999 und 2004 um 43 % auf 132 Millionen zu. Zu drei Vierteln fand dieser Anstieg in Entwicklungsländern statt, wo die Zahl der Studenten von 46 auf 76 Millionen in 2004 wuchs, deutlich angeführt von China.

Trotz der Expansion in fast allen Ländern ist der Anteil der Studenten an der entsprechenden Altersgruppe immer noch sehr unterschiedlich:

- Welt	24 %
- Westeuropa, Nordamerika	70 %
- Ost- und Zentraleuropa	50 %
- Pazifik	50 %
- Arabische Länder, Ost- und Zentralasien Lateinamerika	20–28 %
- Süd- und Westasien	10 %
- Subsahara-Afrika	5 %

Hinsichtlich der Chancengleichheit der Geschlechter bietet sich das überraschende Bild, dass sich in den westlichen und den Transformationsländern seit 1999 die Verhältnisse umdrehen und mehr Frauen als Männer studieren. In den Entwicklungsländern, insbesondere in den arabischen Ländern, aber auch in China, überwiegen die Männer an den Hochschulen bei weitem. Dabei zeigen sich immer noch traditionelle Präferenzen, nach denen die Frauen lieber die Geistes- und Sozialwissenschaften, Pädagogik und medizinische Berufe studieren.

Bei der beherrschenden Position der Universitäten für die Heranbildung der Führungskräfte stellt sich auch für sie die Frage der Relevanz und des Anwendungsbezugs. Nicht überall bemüht sich die Wissenschaft, Theorie und Praxis hinsichtlich der großen anstehenden Entwicklungsfragen zusammenzuführen. Die zunehmende internationale Kooperation der Hochschulen ist dabei hilfreich. Sie transportiert auch

Anregungen zu alternativen Hochschulen mit einem stärkeren Praxisbezug wie z. B. das Konzept von Fachhochschulen.

Alphabetisierung allgemein

Die Alphabetisierungsrate bei Erwachsenen stieg seit 1990 von 75 auf 82 %, sie ist jedoch immer noch relativ niedrig in Süd- und Westasien (59 %), in Afrika südlich der Sahara (61 %), den arabischen Staaten (66 %) und der Karibik (70 %) (G64).

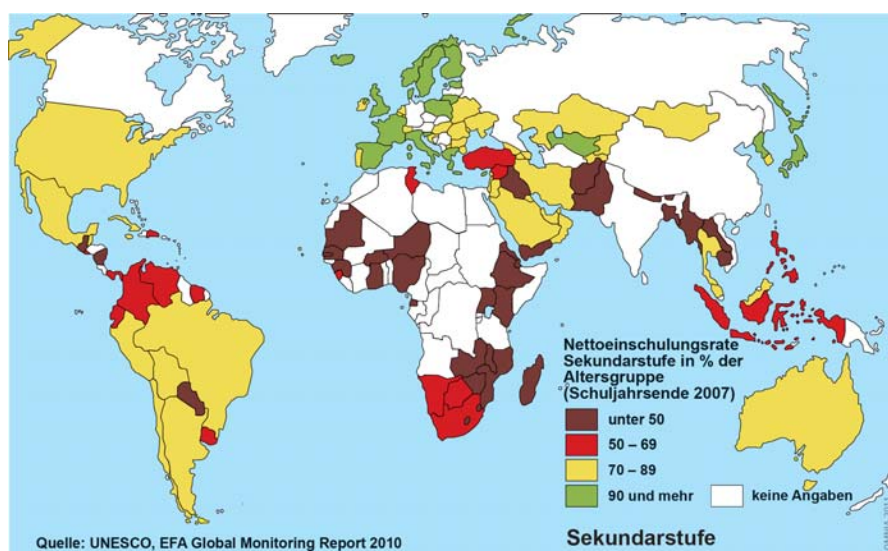
Weltweit hat die absolute Zahl der Analphabeten um 100 Millionen Menschen auf 781 Millionen abgenommen. Von ihnen leben 98 % in Entwicklungsländern und dies vor allem in Indien, China, Bangladesch und Pakistan. Immer noch sind zwei Drittel der Analphabeten Frauen.

Die Bemühungen um die „Bildung für alle“ zusammen mit den stark steigenden Altersjahrgängen führen zu Gesamtkosten für das Bildungssystem, die in manchen Ländern schon bis zu einem Drittel der Staatsetats beanspruchen. Eine weitere Expansion ist für manche ärmeren Länder kaum zu verkraften und bedarf daher der externen Hilfe. Die Expansion stößt aber auch an personelle Grenzen, vor allem beim Lehrerberdarf.

Lehrerberdarf*

In den nächsten 10 Jahren werden weltweit 18 Millionen weitere Lehrer benötigt. Vor allem für Subsahara-Afrika besteht ein zusätzlicher Bedarf von 68 % gegenüber heute. Einzelne Länder wie Tschad müssen ihre Lehrerschaft vervierfachen, Äthiopien muss sie zumindest verdoppeln, wenn Grundbildung für alle wahr werden soll. Einer der Gründe für den hohen Lehrerberdarf in Subsahara-Afrika ist vor allem

* Quelle: Teacher shortages threaten quality Education For All, Presseerklärung des UNESCO Institute for Statistics Paris, 25. April 2006, (www.uis.unesco.org)



die HIV/Aids Pandemie, durch die in einzelnen Ländern wie z. B. in Mosambik pro Jahr fast 10 % der Lehrkräfte wegsterben.

Auch die arabischen Länder stehen vor einem erheblichen Zusatzbedarf, der z. B. in Afghanistan jährlich 9 % beträgt. Dagegen können Länder, die wie China und Indien ihre Bevölkerungsexpansion begrenzt haben, auch bereits den Lehrerbedarf reduzieren, im Fall Chinas um 1,8 Millionen Lehrer bis 2015. Dies bietet Gelegenheit, zur Qualitätsverbesserung des Bildungswesens überzugehen.

Die Länder mit dem höchsten Lehrerberuf müssen naturgemäß ihre Anforderungen senken. Oft stellen sie Schulabsolventen direkt als Lehrer ein, selbst wenn diese nur die Sekundarstufe I abgeschlossen haben, von einer Lehrerausbildung ganz zu schweigen. Dies hilft zwar, die vielen Schüler in der Grundbildung mit Unterricht zu versorgen, führt aber zu vielen Nachfolgeproblemen. Nicht-qualifizierte Lehrer („para-teachers“) erhalten oft nur einen Teil der ohnehin unzureichenden Lehrergehälter, weil arme Länder kaum mehr bezahlen können. Dies zwingt die Lehrer zu Nebenbeschäftigungen, so dass sie oft in der Schule fehlen und die Unterrichtsqualität zu wünschen übrig lässt. Über viele Jahre hinweg müssen solche Lehrer dann nachqualifiziert werden, auch um Konflikte zwischen den verschiedenen Lehrergруппen zu vermeiden.

Der Ausbau beruflicher Bildung ist durch das Lehrerproblem ebenfalls massiv behindert. Qualifizierte Lehrer und Ausbilder werden angesichts der niedrigen staatlichen Gehälter an beruflichen Schulen meist von der Industrie abgeworben.

Angesichts der niedrigen Lehrergehälter werden zusätzliche Mittel im Bildungssystem wohl zuerst für bessere Lehrergehälter verwendet werden, vielleicht auch

noch für die Senkung der Klassengrößen. Dies ist zwar verständlich, doch bedroht diese Selbstreferenz des Schulsystems seine eigentliche Zielsetzung für die Schüler. Vor allem reicht das Geld meist nicht für Unterrichtsmaterialien. Didaktische Verbesserungen in Richtung größerer Selbstverantwortung der Schüler bleiben wirkungslos, wenn sie mangels Materialien fast nur auswendig lernen und nicht selbstständig mit Büchern arbeiten können.

Neue Strategieansätze

Förderung der frühkindlichen Entwicklung (FKE)

Nach der stürmischen quantitativen Entwicklung der Grundbildung seit der Weltbildungskonferenz von Jomtien 1990 rückt immer mehr die notwendige Qualitätsverbesserung von Bildung in den Vordergrund. Dabei werden auch Voraussetzungen für den Bildungserfolg deutlich, die man bisher vernachlässigt hatte, insbesondere wenn sie außerhalb der Schule selbst liegen.

Der wichtigste Faktor dieser Art ist die frühkindliche Entwicklung, um die man sich auch in den Industrieländern verstärkt bemüht. Studien haben schon im Alter von 2 bis 3 Jahren deutliche Unterschiede in den kognitiven Fähigkeiten und im Wortschatz ergeben, die meist mit dem sozioökonomischen Status und dem Bildungsgrad der Eltern korrelieren. Die Gehirnforschung belegt einen deutlichen Einfluss früher Erfahrungen und Anregungen auf die Ausformung des Gehirns, seine Architektur und Leistungsfähigkeit. Dies beginnt sogar bald nach der Empfängnis und gilt besonders für das Alter von 3 bis 6 Jahren. Aber auch später hängt die Leistungsfähigkeit des Gehirns von den Anreizen der Umwelt ab.

Statistisch bestehen enge Wechselwirkungen der Frühentwicklung mit dem Erfolg in der Grundbildung, letzterer gemessen an Faktoren wie Einschulungsrate, Verweildauer, niedrige Wiederholerquote, bessere Sprachentwicklung und bessere Schulleistung. Handicaps aus den ersten Lebensjahren können sich in der Schule wie im Erwachsenenalter auswirken und so zu einer von Generation zu Generation übertragenen Spirale aus Armut und Benachteiligungen führen. Längsschnittstudien belegen die drastischen langfristigen Auswirkungen der frühkindlichen Entwicklung auf Einkommen, Gesundheit, Wohneigentum, Abhängigkeit von Sozialhilfe, Kriminalität.

Eine positive frühkindliche Entwicklung hängt unter anderem von den folgenden Faktoren ab, die in FKE-Maßnahmen gefördert werden:

- Gesundheit (Pflege, Entwurmung usw.)
- Gute Ernährung (zusätzliche und ausgewogene Nahrung, auch sicheres Wasser, genügend Mineralien wie Eisen usw.)
- Planmäßige geistige und soziale Anregung, auch durch Beratung der Eltern
- Förderung der Erlernung der Muttersprache
- Förderung bei temporären und dauerhaften Behinderungen

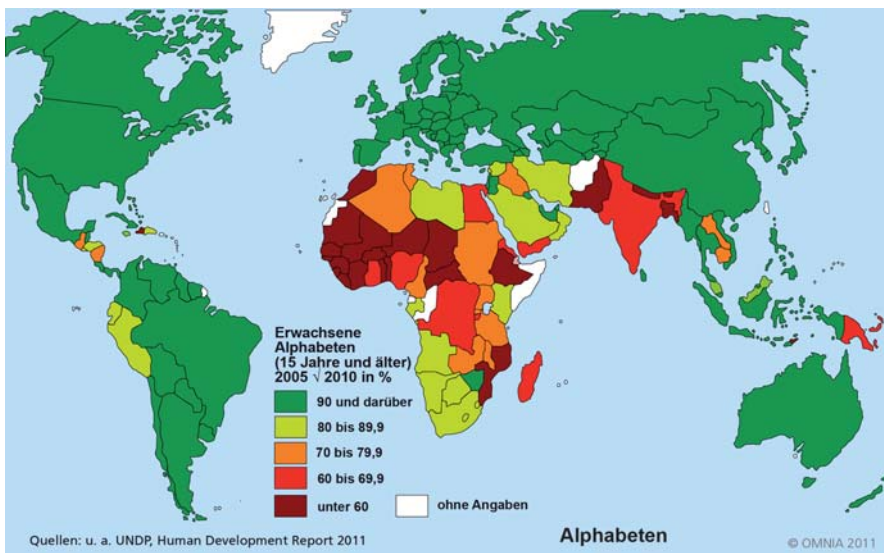
Institutionelle Voraussetzungen hierfür sind in Entwicklungsländern u. a.:

- Angebot von Kinderbetreuung durch Kindertagesstätten auf Gemeindeebene, durch bezahlte oder gemeinnützige Dienste
- Informelle Dienste für Eltern und Kinder, Nachbarschaftshilfe
- Betreuung von Eltern in abgelegenen Gebieten und in Notsituationen
- Koordination und Qualitätssicherung zwischen staatlichen, nicht-staatlichen und internationalen Stellen

Ebenso wichtig ist aber eine enge Einbindung der Eltern, ihre möglichst frühzeitige Beteiligung und eine niedrige Kostenschwelle. Es gibt auch Überlegungen, für eingrenzbare Gruppen von Armen Geldzahlungen vorzusehen, wenn sie regelmäßig in einem Gesundheitszentrum die Entwicklung des Kindes kontrollieren lassen, Impfangebote nutzen und Ernährungshilfen in Anspruch nehmen.

Qualitätsverbesserung und -kontrolle

Quantität allein genügt nicht. Der große Kraftakt, die Grundbildung für alle durch den notwendigen zahlenmäßigen Ausbau des Schulwesens voranzubringen, hat qualitative Probleme ausgelöst. Sie bedrohen sowohl den längerfristigen Bestand



der aufgebauten Schulstrukturen wie die Wirksamkeit von Bildung als Entwicklungsfaktor.

Am Ende der Primarstufe kann ein Drittel bis zur Hälfte der Schulabgänger nicht sicher lesen, schreiben und die Grundrechenarten verwenden. In Afrika südlich der Sahara bricht jeder vierte Schüler die Schule vor Vollendung der 5. Klasse ab.

Mangelnde Qualität schmälert die Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Neben den Kosten für Schuluniformen, Schuhe, Bücher, Schreibutensilien und Schulweg müssen sie auf Arbeitsleistungen der Kinder verzichten. Besonders in der ländlichen Großfamilie übernehmen Kinder traditionell viele Arbeiten in Haus, Hof und Familie. Sie hüten Vieh, helfen bei der Feldarbeit, betreuen jüngere Geschwister, sammeln Holz zum Essen kochen usw. Der Schulbesuch der Kinder kostet nicht nur Geld, sondern kann durch den Wegfall solcher Leistungen in armen Haushalten das Existenzminimum bedrohen. Wenn sich dann obendrein noch zeigt, dass die Schule durch problematische Modernisierungsvisionen die Kinder aus dem Dorf „hinaus erzieht“ und in den Städten einer unsicheren Zukunft entgegen gehen lässt, schwindet die Akzeptanz für die Schule und die Einschulungsraten gehen wieder zurück.

Die Qualität von Bildung muss also verbessert werden, Schule muss den hohen öffentlichen und privaten Aufwand sowie die Verzichtleistungen der Eltern lohnen.

Seit den 90er Jahren hat sich das Bewusstsein verstärkt, dass die Resultate des Bildungsprozesses nicht allein vom Input (Finanzmittel, Schulbau, Lehrpläne, Lehrerbildung, Materialien usw.) abhängen. Alle diese Faktoren müssen vielmehr sinnvoll und auf die Schüler bezogen ineinander greifen.

Deshalb werden verstärkt die Lernergebnisse als „Output-Kontrolle“ gemessen, sei es individuell durch die normalen Prüfungen und die Notengebung, sei es durch die vergleichende Qualitätsmessung auf Klassen-, Schul-, nationaler oder internationaler Ebene. Zunehmend werden dafür eigene Tests entwickelt, die nicht der Leistungsmessung der einzelnen Schüler dienen, sondern die Stärken und Schwächen des Systems herausfinden sollen. Dabei spielen auch die Abschlussquoten der einzelnen Bildungstufen eine zentrale Rolle, insbesondere die Studienberechtigung (Abitur). (Freilich werden in den OECD-Daten regelmäßig die deutschen Abiturientenquoten unterbewertet, weil die Abschlüsse der höheren beruflichen Schulen nicht einbezogen werden.)

Allerdings ist die Qualitätssicherung durch Output-Kontrolle in den Entwicklungsländern mit schwierigen Fragestellungen verbunden, die noch nicht hinreichend geklärt erscheinen. Was ist Qualität von Bildung? Sie wird in der „Output-Kontrolle“ bisher allein an den oben genannten systeminternen Kriterien gemessen. Eine externe Kontrolle findet so nicht statt, die wohl an der Frage ansetzen müsste, welche Relevanz die in der Schule erworbenen Kompetenzen für das Leben vor der Schultür hat bis hin zur gesamtgesellschaftlichen Ebene. Die so genannte „Bildungsökonomie“ misst zwar mit der „Bildungsertragsrate“ z.B. die Auswirkung der Investitionen in Grundbildung auf das Wirtschaftswachstum, doch bringen solche pauschalen Ergebnisse wenig Aufschluss für die eigentlichen pädagogischen Fragen, die entscheidender sein mögen als der Geldaufwand.

Hier geht es um die so genannten „life skills“ im breitesten Sinn, die von der Weltbildungskonferenz 2000 in Dakar betont

wurden. Freilich sind diese Wirkungen von Bildungen schwerer zu messen, zumal sie sich vielleicht erst nach Jahren zeigen. Kriterien könnten sein:

- Nutzungsmöglichkeit der erworbenen Kompetenzen in möglichst vielen Lebenssituationen einschließlich der Selbstbeschäftigung im traditionellen Dorf und der Subsistenzwirtschaft,
- Akzeptanz der Bildungs- und Ausbildungsergebnisse in der Arbeitswelt,
- Problemlösungspotential hinsichtlich der Modernisierungsprobleme und -konflikte z. B. durch die Offenheit für soziale Kontakte,
- Verbindung mit traditionellen Wissenssystemen und dem praktischen Lernen im Lebenskontext (z. B. Landwirtschaft, Heilkunst, Pflanzenkunde usw.)

Die heutige gesamtgesellschaftliche Verantwortung von Schule verbreitert also notwendig die Zielsetzungen gegenüber den akademischen Bedürfnissen der alten Eliten in Entwicklungsländern, deren Töchter und Söhne vor allem die Aufnahmeprüfungen für Universitäten der Kolonialmächte bestehen sollten.

In der schwierigen Situation der Entwicklungsländer darf die Landflucht nicht noch gesteigert werden, dürfen die Jugendlichen nicht mit Versprechungen in die Modernisierung geschickt werden, die vom Arbeitsmarkt nicht eingelöst oder von autoritären Regimen unterdrückt werden. Ländliche Entwicklung ist ein wichtiges Ziel im Rahmen von Bildungsförderung und Armutsbekämpfung. Schule muss in ihren pädagogischen Auftrag die jeweilige Lebensrealität, das Umfeld der Schule, einbeziehen. Sie darf nicht die Modernisierungskonflikte verstärken, sondern muss in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung harmonisierend wirken.

Notwendigkeit von Reformen

Wenn „Bildung für alle“ wirklich die erhofften Wirkungen für nachhaltige Entwicklung haben soll, müssen die bildungspolitischen Strategien von einem alleinigen akademischen Bildungsideal (vor allem der Lehrer!) abgehen und sich stärker auf die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und ökologischen Realitäten beziehen. Die UN-Bildungskonferenz 2000 in Dakar sprach deshalb von der Förderung der „life skills“ in der Grundbildung:

- Kompetenz zum selbstbestimmten Handeln und zur Teilnahme an sozialen Prozessen,
- Verbesserung der sozialen, kulturellen und ökonomischen Situation,

- Überwindung von Armut,
- Erhöhung der Arbeitsproduktivität und wirtschaftliches Wachstum,
- Verbesserung der Gesundheitsbedingungen durch ernährungsbewusstes Verhalten, Familienplanung und Vermeidung von Risiken wie HIV,
- Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen.

Solche Erwartungen stellen alle Schulen, speziell aber die ländlichen Schulen, vor neue Herausforderungen:

- Stärkere Verbindung mit externen Lernorten wie der Gemeindeentwicklung, der

landwirtschaftlichen Entwicklung, lokalen Handwerkern und Firmen usw.

- Eröffnung nachträglicher Zugänge zum formalen Schulwesen durch Alphabetisierung, Berufsbildung oder außerschulische Eingangsprüfungen („second chance“, in Deutschland der „Zweite Bildungsweg“).
- Ausbau beruflicher Ausbildung gemäß den unterschiedlichen Arbeitsformen einer Entwicklungsgesellschaft. Im modernen Sektor sind „duale“ Ausbildungsformen in Zusammenarbeit von Berufsbildungszentrum und Betrieb möglich. In

den traditionellen Sektoren zielen kürzere Kurse auf einzelne Kompetenzbereiche, die kumulativ ebenfalls zu Abschlüssen führen sollten.

- Eine bessere Abstimmung von Inhalten und Abschlüssen zwischen Allgemeinbildung und beruflicher Bildung (z.B. ein berufsorientierter Zweig der Sekundarstufe nach einem mittleren Schulabschluss) könnte das „drop-out“-Phänomen beheben und einen geordneten Zugang zur beruflichen Bildung schaffen.

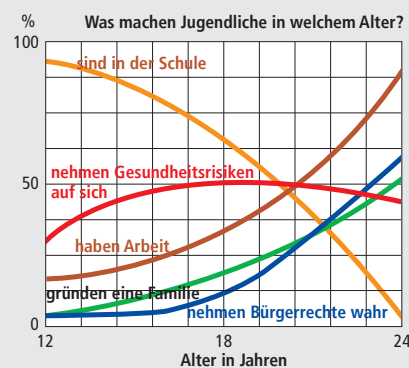
G63 Vorschulbesuch nach Regionen (in Mio.)

Region	1980/81	1990/91	2003/04	2008/09	davon Mädchen in % 2008/09
Welt	58,4	85,4	123,7	148,3	48
Industrieländer	33,2	37,4	32,6	30,5	49
Entwicklungsländer	25,2	48,0	91,1	117,8	48
Subsahara-Afrika	1,5	2,4	7,4	10,9	49
Arabische Staaten	1,2	1,9	2,6	3,2	47
Ostasien und Pazifik	15,2	25,9	29,9	39,3	47
Süd- und Westasien	2,3	5,4	31,2	42,4	48

Quelle: UNESCO, Global Education Digest 2010

G62 Vom Jugendlichen zum Erwachsenen

Umfrage in 26 Entwicklungsländern in Afrika, Asien, Europa und Lateinamerika

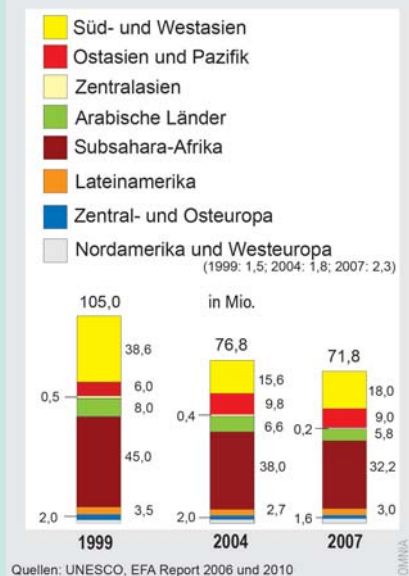


G64 Schulbesuch und Alphabetisierung nach Regionen

	Brutto-Einschulungsrate in Primarschulen (in %)				Schülerinnen und Schüler in Primarschulen insgesamt in Mio.		Lese- und Schreibkundige ab einem Alter von 15 Jahren in %			
	1999		2008		1999	2008	1990		2005-08	
	Jungen	Mädchen	Jungen	Mädchen	1999	2008	Männer	Frauen	Männer	Frauen
Welt insgesamt	104,2	95,8	114	110	645,0	696,3	82	69	88	79
Entwicklungsländer	104,5	94,9			558,7	619,1	76	58	85	73
Subsahara-Afrika	85,4	72,5	119	112	79,8	128,5	60	40	71	53
Arabische Länder	94,6	82,4	101	97	34,7	40,8	64	36	81	63
Lateinamerika/Karibik	122,6	118,8	123	119	70,2	67,7	87	83	92	90
Ostasien und Pazifik	112,4	111,4	102	104	217,6	189,1	89	75	96	91
Süd- und Westasien	102,6	84,6	126	118	157,5	193,0	60	34	73	51
Industrieländer	102,0	102,5			70,4	77,2	99	98	99	99

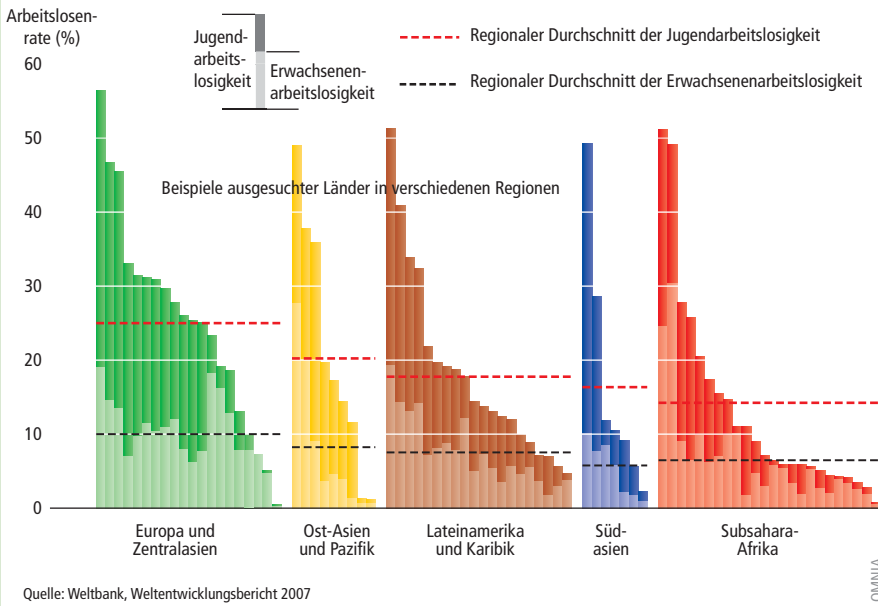
Quelle: UNESCO, Education for All (EFA) Global Monitoring Report 2011

G65 Ohne Schulbesuch



G66 Große Unterschiede in der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen und Erwachsenen

Die Arbeitslosenrate für Jugendliche ist überall höher als für Erwachsene, aber in einigen Ländern ist der Abstand besonders groß

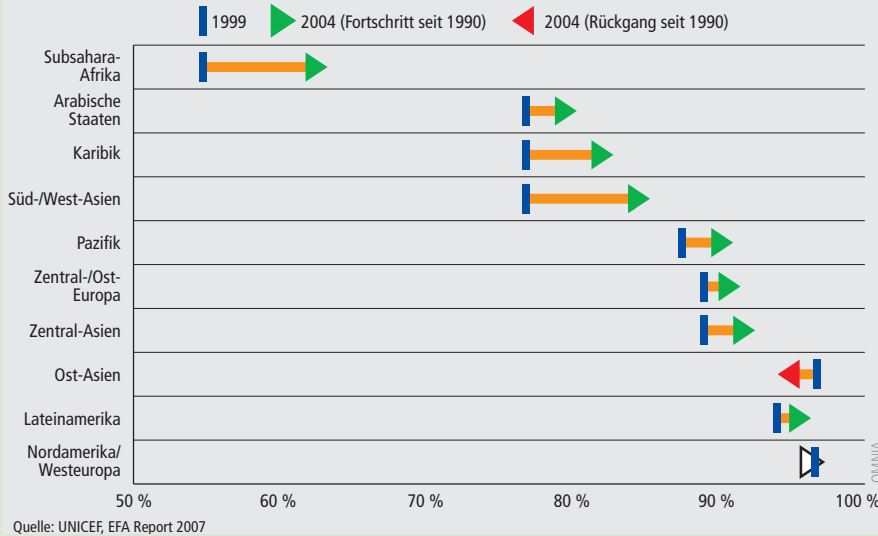


Aufgaben

1. Nennen Sie quantitative Probleme der Bildungsentwicklung in Entwicklungsländern hinsichtlich der Forderung „Bildung für alle“.
2. Diskutieren Sie qualitative Fragen der Bildungsentwicklung (in EL) insbesondere unter Berücksichtigung „systeminterner“ Kriterien und hinsichtlich der erwarteten Wirkung des Schulbesuchs auf die verschiedenen Entwicklungsbedürfnisse.
3. Erläutern Sie, worauf der Grundsatz zielt: „Die Schule soll nicht aus dem Dorf hinaus erziehen“. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Lebensrelevanz von Grundbildung (Unterrichtsinhalte) und für die Rollenauffassung der (akademisch gebildeten) Lehrkräfte.
4. Erläutern Sie, in welcher Weise die Wirksamkeit dieses Grundsatzes von den entwicklungspolitischen Rahmenbedingungen für den ländlichen Raum (in EL) abhängt.
5. Identifizieren Sie Konfliktherde zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem. Diskutieren Sie sich daraus ergebende Probleme für Individuum und Gesellschaft bzw. Staat (in EL).

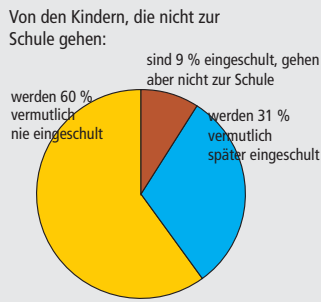
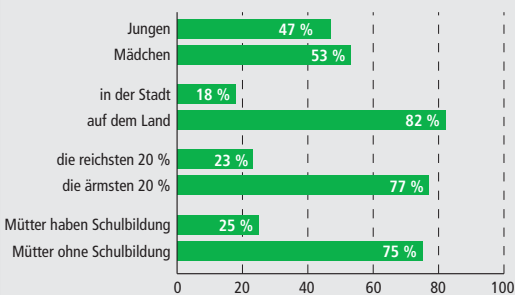
G67 Einschulungsraten wachsen, aber nicht überall

Nettoeinschulungsraten in der Primarschule 1990 und 2004



G68 Warum können viele Kinder nicht zur Schule gehen?

Wer kann weltweit nicht zur Schule gehen?



6. Versuchen Sie, Mitschülerinnen oder Mitschülern mit „Null-Bock-Mentalität“ gegenüber der Schule klar zu machen, dass Schulbesuch ein Privileg ist?
7. Diskutieren Sie Möglichkeiten, Ihre „Mitschülerinnen“ und „Mitschüler“, deren Klassen und Schulen in Entwicklungsländern partnerschaftlich zu unterstützen und mit ihnen den interkulturellen Dialog zu suchen?
8. Setzen Sie sich in einem Rollenspiel mit unterschiedlichen beruflichen Perspektiven von Studierenden aus Entwicklungsländern an einer deutschen Hochschule auseinander. Einer/eine möchte nach dem Studium in Deutschland arbeiten, der/die andere in das Heimatland zurückkehren und sich für dessen Entwicklung engagieren. Berücksichtigen Sie die individuellen Perspektiven zu Studium, Beruf und Lebenszielen, die sich aus den jeweiligen Rahmenbedingungen ergeben. Beachten Sie mögliche „vor Ort“ auftretende Schwierigkeiten, z.B. für den/die in Deutschland Bleibende(n): Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, interkulturelle Kompetenz, demographische Entwicklung in Deutschland, brain drain etc. Für den/die in das Heimatland Zurückkehrende(n): Diskrepanz zwischen Erwartung und Realität, u.U. keine Einsatzmöglichkeit im erlernten Beruf, Studieninhalte in Deutschland nicht auf die Rahmenbedingungen eines EL ausgerichtet etc.
9. Erläutern Sie, warum in vielen EL Kindern nicht die Möglichkeit geboten wird, eine Schule zu besuchen.

Ohne Frieden keine Entwicklung

Krieg zerstört, Frieden ist Grundlage für Entwicklung

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts (1989) bestand die große Hoffnung, die Welt werde nun – nach zwei Weltkriegen und der Gefahr eines Atomkrieges – endlich einen dauerhaften Frieden erleben. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Zwar hat sich die Gefahr eines dritten Weltkrieges vermindert, aber es gab seither über 200 regional begrenzte Kriege, Bürgerkriege, andere bewaffnete Konflikte und Terrorakte, die sich zum weitaus überwiegenden Teil in Entwicklungsländern ereigneten.

Mit den Terrorakten vom September 2001 auf das World Trade Center in New York, das Symbol ökonomischer Macht, und auf das Pentagon in Washington, das Zeichen militärischer Stärke, hat der **internationale Terrorismus** eine neue Dimension erreicht. Ihnen folgten Kriege in Afghanistan und im Irak mit internationaler Beteiligung. Sie haben deutlich werden lassen, dass militärische Stärke nicht ausreicht, den Terror und seine Ursachen zu beseitigen. Im Gegenteil: Je länger und härter bewaffnete Auseinandersetzungen andauern, desto brutaler werden sie, wie Beispiele aus Bosnien, dem Kosovo, Tschetschenien, Ruanda, Sierra Leone, Liberia, dem Kongo, Somalia, Afghanistan und dem Irak belegen. Besonders tragisch ist, dass dabei unbeteiligte Frauen, Kinder und alte Menschen das größte Leid erfahren. Ihr Anteil an den Kriegstoten und Verwundeten ist erschreckend hoch, und Millionen sind Opfer von Flucht, Vertreibung und Hungerkatastrophen. Länger anhaltende gewalttätige Auseinandersetzungen werfen die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung mancher Länder, selbst ehemals wirtschaftlich blühender Staaten wie Uganda, Irak, Libanon und Sri Lanka, um Jahrzehnte zurück.

Ungelöste Konflikte und latente Unsicherheit behindern nicht nur den Wiederaufbau nach kriegesischen Auseinandersetzungen, sie zerstören auch das Vertrauen in ein friedliches Zusammenleben und untergraben den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Allein Frieden und friedliches Zusammenleben sind eine stabili-

le Grundlage für eine zukunftssichernde, nachhaltige Entwicklung.

Ursachen und Folgen bewaffneter Konflikte

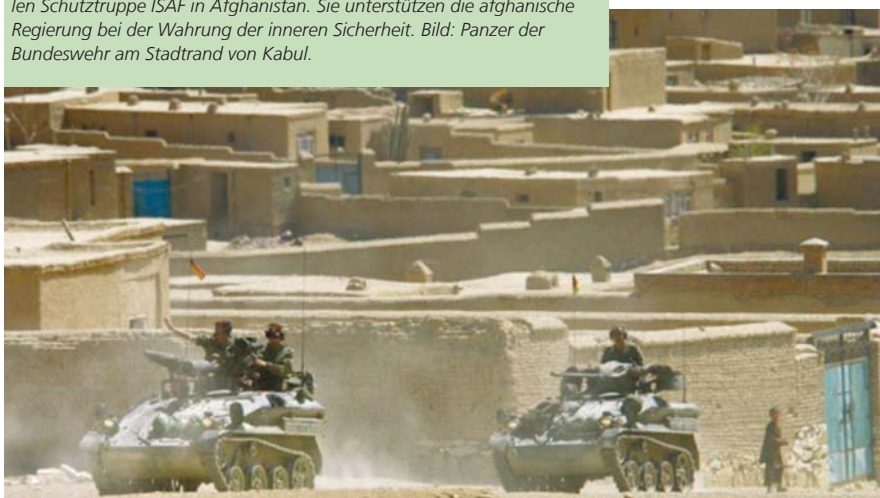
Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts Anfang der 1990er Jahre treten regionale Rivalitäten und innergesellschaftliche Disparitäten, die durch den Kalten Krieg jahrzehntelang überdeckt waren, in vielen Teilen der Welt wieder offen zutage. Hinzu kommt, dass sich in den letzten Jahrzehnten die sozioökonomischen Disparitäten und Instabilitäten sowohl global als auch innergesellschaftlich verstärkt haben (S. 4 ff.). Während z. B. der Anteil der ärmsten 20 % der Weltbevölkerung am Welteinkommen in den letzten drei Jahrzehnten von 2,3 % auf 1,4 % gefallen ist, ist der Anteil des obersten Fünftels von 70 % auf 85 % angestiegen. In vielen Gesellschaften, besonders im Süden, ist die Öffnung der sozialen Schere zwischen Reich und Arm nicht minder bedenklich (G69, A20, A21, A27, A28). Armut und Hunger zerstören den sozialen Zusammenhalt und steigern gesellschaftliche Disharmonie. Steigender Wohlstand einer Minderheit bei gleichzeitiger Vermehrung der Armut der Bevölkerungsmehrheit ist ein Nährboden für **gewaltsame Konflikte**, auf dem sich ethnische, religiöse

und regionale Differenzen, Spannungen und Feindseligkeiten entzünden und in bewaffnete Auseinandersetzungen umschlagen können. Gewaltsame Konflikte verhindern nicht nur den Abbau von Armut und damit Entwicklung, sie schaffen neue Armut, zerstören natürliche Lebensgrundlagen, zwingen zu Flucht und Vertreibung, töten, verletzen, verstümmeln (Minen) und vergewaltigen Menschen. Großflächige Verminung insbesondere landwirtschaftlicher Flächen und illegale Verbreitung von Kleinwaffen verursachen Angst und Unsicherheit noch lange Jahre nach der Einstellung von Kampfhandlungen und traumatisieren die betroffene Bevölkerung.

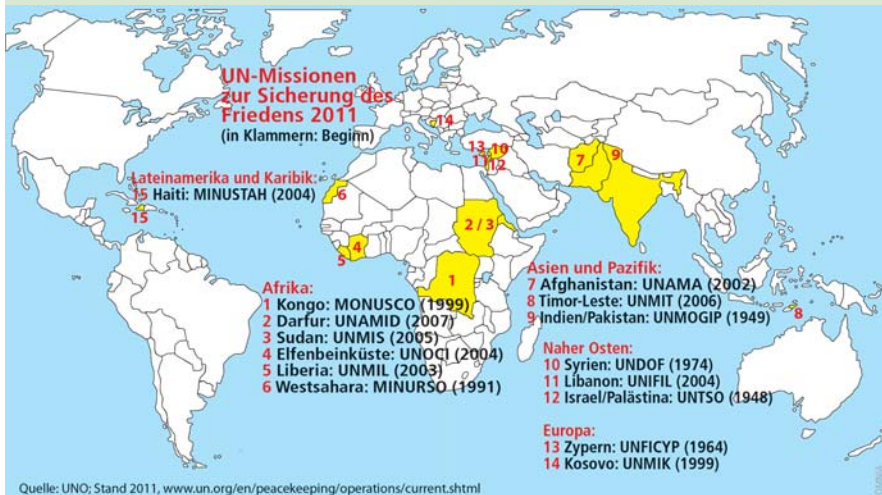
In vielen Ländern schrecken verantwortungslose Warlords nicht davor zurück, die Notlage armer Jugendlicher und Kinder auszunutzen, sie als Kindersoldaten für kriminelle Einsätze zu rekrutieren, politisch zu indoktrinieren und als Kanonenfutter zu missbrauchen (S. 73). Wo Armut und Gewalt sich wechselseitig verstärken, hat Entwicklung keine Chance.

Gewaltsame Konflikte haben viele, zu einem großen Teil **strukturelle Ursachen**. Zum einen sind sie *externen* Ursprungs, zum anderen *intern* bedingt. Manche reichen zurück in die Kolonialzeit. Zu nennen sind hier vor allem das Zerreißen ethnischer Einheiten durch willkürliche kolo-

Über 2000 Soldaten der Bundeswehr beteiligen sich an der Internationalen Schutztruppe ISAF in Afghanistan. Sie unterstützen die afghanische Regierung bei der Wahrung der inneren Sicherheit. Bild: Panzer der Bundeswehr am Stadtrand von Kabul.



UN-Friedenseinsätze 2011



niale Grenzziehungen, die Unterbindung eigener, selbstbestimmter Entwicklung und der Zwang zu einseitiger wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit von der jeweiligen Kolonialmacht usw. Andere Konflikttherde sind durch derzeitige weltwirtschaftliche Schiefagen (S. 44 ff., A21, A17), durch territoriale Besitzansprüche benachbarter Staaten (z. B. Eritrea–Äthiopien) und zunehmende soziale Ungleichheiten bzw. Fragmentierungen im Zuge fortschreitender Globalisierung entstanden. Aber zu den *Konfliktursachen* zählen auch

- die Zerstörung der natürlichen Umwelt, *Ressourcenverknappung* infolge starken Bevölkerungswachstums oder bedenkenlosen Ressourcenverbrauchs (z. B. durch Erdöl- und Futtermittelkonzerne),
- das Fehlen oder die Missachtung rechtsstaatlicher Normen,
- noch *ungefestigte staatliche Strukturen* zu Beginn teils schwieriger Staatsbildungsprozesse (Nation Building) und infolgedessen die Brüchigkeit des staatlichen Gewaltmonopols (das Entstehen sog. „Failed States“ durch selbsternannte Herrschaftsquaden konnte insbesondere in Subsahara-Afrika nicht verhindert werden),
- *Missachtung von Menschenrechten* und der Mangel an funktionsfähigen demokratischen Strukturen,
- die Unterdrückung ethnischer Minderheiten und Zerstörung kultureller und sozialer Identitäten

Weitere, in Zukunft immer größere Bedeutung erlangende Konfliktpotenziale gehen von der rasch zunehmenden Verknappung der natürlichen Ressourcen *Wasser und Erdöl* aus (U3, U5, U10, U11, U22; S. 139 ff., S. 148 f.). Die zwischenstaatlichen Verteilungskämpfe in den Wassermangelregionen Nordafrika, Vorderer Orient, Südasien dürften an Schärfe

ebenso zunehmen wie die innerstaatliche Aufteilung der vorhandenen Wassermenge auf die verschiedenen Nutzungsarten. Zu einem noch brisanteren Konflikttherde könnte sich der internationale Erdölmarkt entwickeln.

Nachdem die in Zeiten des Kalten Krieges von den beiden damaligen Supermächten (USA, Sowjetunion) geleisteten, politisch motivierten Militär- und Finanzhilfen entfallen sind, ist es in weiten Teilen des Südens, insbesondere im subsaharischen Afrika, zur *politischen Destabilisierung* und zum *Staatszerfall* gekommen. An die Stelle teils unfähiger, teils ohnmächtiger und korrupter Regierungen sind neue informell operierende Akteure getreten, die sich durch Einsatz von Gewalt neue illegale Einkommensquellen zu ihrem privaten Nutzen erschließen (zum Beispiel durch Forderung von Lösegeld). Sie bau(t)en Gewaltapparate auf (Söldner, Kindersoldaten, Waffenimporte und -schmuggel), mit deren Hilfe sie ihre Raub- und Machtgier durchzusetzen (zum Beispiel durch Forderung von Lösegeld). Sie bau(t)en Gewaltapparate auf (Söldner, Kindersoldaten, Waffenimporte und -schmuggel), mit deren Hilfe sie ihre Raub- und Machtgier durchzusetzen (zum Beispiel durch Forderung von Lösegeld). Sie bau(t)en Gewaltapparate auf (Söldner, Kindersoldaten, Waffenimporte und -schmuggel), mit deren Hilfe sie ihre Raub- und Machtgier durchzusetzen (zum Beispiel durch Forderung von Lösegeld). Sie bau(t)en Gewaltapparate auf (Söldner, Kindersoldaten, Waffenimporte und -schmuggel), mit deren Hilfe sie ihre Raub- und Machtgier durchzusetzen (zum Beispiel durch Forderung von Lösegeld).

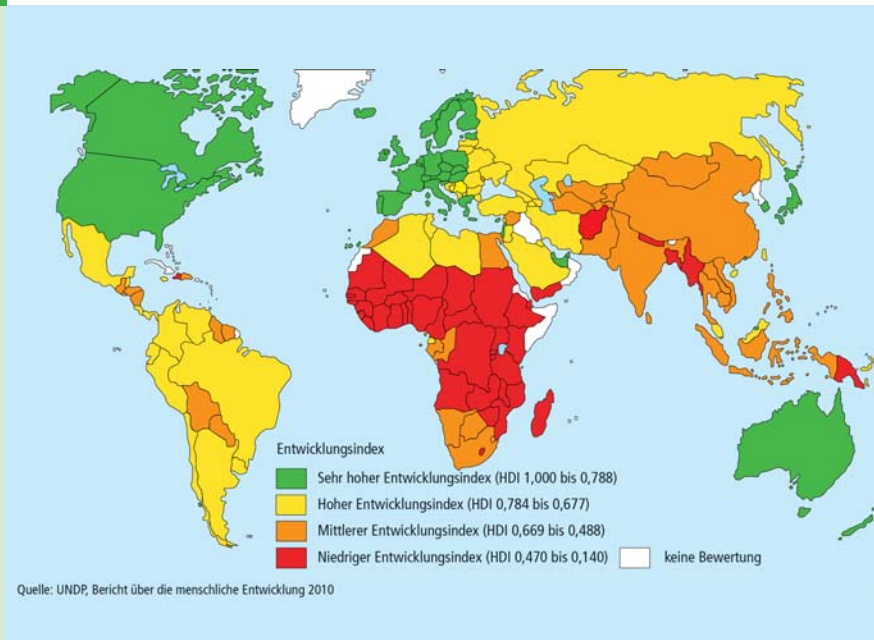
gewaltsame Lösung derartiger Konflikte ist die fehlende oder unzureichende Bereitschaft bzw. Fähigkeit von (meist nicht legitimierten und totalitären) Herrschaftssystemen, Konflikte gewaltfrei, das heißt auf demokratischem Wege in Verhandlungen zu lösen.

Der **Terrorismus** gilt als besonders spektakulärer Konflikttherde, der als politisch, teilweise auch religiös/fundamentalistisch motivierte Gewaltanwendung von im Untergrund operierenden extremistischen Personengruppen dazu dient, politische, religiöse, soziale oder/und militärische Ziele durchzusetzen (S. 4, S. 68 f.; P14). Seine Gefährlichkeit liegt zum einen in der Unberechenbarkeit und Brutalität seiner Operationen, zum anderen darin, dass er mit militärischen Mitteln nach herkömmlichem völkerrechtlichen Kriegsrecht nicht bekämpft werden kann. Terroristische Gruppierungen unterschiedlicher Zielsetzungen sind sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene aktiv. Nach den Terroranschlägen am 11. September 2001 hat der internationale Terrorismus eine *globale Dimension* bekommen. Seine Unberechenbarkeit ist dadurch noch größer geworden, zumal er potenzielle Konfliktlinien unterschiedlicher Bereiche für seine undurchsichtigen Ziele nutzt und häufig an Orten gewalttätige Aktionen durchführt, an denen es niemand erwartet. Das Verbrecherische blinder terroristischer Aktivitäten liegt darin, dass meist unschuldige Menschen die Opfer sind.

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik

Konflikte sind integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Die Zunahme gewaltsamer Konflikte stellt aber nicht nur eine besondere Gefahr für die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele dar, Gewaltanwendung stellt Entwicklung generell in Frage. Entwicklung kann nur erfolgreich sein, wenn Konflikte auf friedlichem Wege gelöst werden (G74, G78). Dauerhafter Frieden gründet sich auf ein Leben in Freiheit und auf Wahrung der Menschenrechte. Demokratische Entscheidungsstrukturen und -mechanismen, Rechtsstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit sind Grundlage friedlichen gesellschaftlichen Zusammenlebens. Somit sind Frieden und Sicherheit unabdingbare Voraussetzungen für gesellschaftliche Entwicklung. Ohne Frieden gibt es keine fortschrittliche Entwicklung. Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik bilden einen untrennbaren Zusammenhang.

G69 Index der menschlichen Entwicklung 2010



Gini-Index

Der Gini-Index ist eine Kennziffer für die Verteilung des Bruttonationaleinkommens auf die Personen oder Haushalte einer Volkswirtschaft. Der Index 0 bedeutet absolute Gleichverteilung, der Index 100 vollkommene Ungleichverteilung.

Einige Beispiele (weitere Länder: W35)

Schweden 25,0	Russland 42,3
Norwegen 25,8	Nigeria 42,9
Deutschland 28,3	Malaysia 46,2
Kasachstan 30,9	Peru 48,0
Bangladesch 31,0	Costa Rica 50,3
Kanada 32,6	Mexiko 51,7
Belgien 33,0	Paraguay 52,0
Irland 34,3	Chile 52,1
Griechenland 34,3	Lesotho 52,5
Spanien 34,7	Bolivien 57,3
Indonesien 36,8	Südafrika 57,8
Malawi 39,0	Kolumbien 58,5
Türkei 39,7	Angola 58,6
USA 40,8	Haiti 59,5
China 41,5	Komoren 64,3

G70 Wurzeln der Gewalt

Sierra Leone erlangte erst am 27. April 1961 nach 150 Jahren kolonialer Herrschaft die offizielle Unabhängigkeit. Die kommenden 30 Jahre bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs waren politisch vor allem von Militärumstürzen, Korruption und Wahlbetrug gekennzeichnet. Die koloniale Ausbeutung führte zu der Fragmentierung gesellschaftlicher Strukturen – durch die ungleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, eine hohe Arbeitslosigkeit, Analphabetentum und die zunehmende Militarisierung – und so entstand ein gesellschaftliches Klima, das den Ausbruch des Krieges im Jahr 1991 stark begünstigte. Der spätere liberianische Präsident Charles Taylor war der wichtigste politische Partner und Geschäftsfreund der RUF, er kaufte den Rebellen Diamanten ab, die sich später auf den Märkten Europas wiederfanden. Taylor wurde zudem über viele Jahre von den USA finanziell alimentiert. Der Warlord-Präsident wurde erst fallen gelassen, als herauskam, dass er Diamanten auch an das Terrornetzwerk Al Qaida verkauft hatte.

Mit dem Ende des Krieges sind aus „Konfliktdiamanten“ aber noch längst keine „Friedensdiamanten“ geworden. Sierra Leone ist laut Index des UNDP das ärmste Land der Welt. Weder auf nationaler Ebene noch international besteht Interesse daran, den Reichtum des Landes gerechter zu verteilen, geschweige denn die Arbeitsbedingungen für die Minenarbeiter zu verbessern – dies würde den Profit mindern. Der Großteil des erwirtschafteten Reichtums verlässt das Land gen Europa. Es folgen keine produktiven Re-Investitionen, die Arbeitsplätze und andere Exportmöglichkeiten schaffen würden. Die Arbeitsbedingungen der rund 4000 Minenarbeiter und -arbeiterinnen sind sklavenähnlich. Auch Kinder rackern in der Diamantenförderung.

Auch darin besteht der Unterschied zwischen Befriedung und Frieden. Ohne eine nachhaltige Veränderung der Einkommensverhältnisse

gibt es wenig Perspektiven für die Demokratisierung des Landes. Die postkoloniale Abhängigkeit wird fortgeschrieben und stabilisiert damit eine Weltordnung, die auf Spaltung und Ungleichheit gründet. Denis Horman bezeichnet Globalisierung als einen „ausschließenden“ Prozess. Das „humanitäre Interventionsregime“ in Sierra Leone widerlegt diese These nicht. Die Frage bleibt, ob die weltweite kapitalistische Arbeitsteilung für arme Länder wie dieses überhaupt eine Perspektive bietet. Auch Hilfswerke sollten nicht vergessen, dass failing states nicht irgendwo im Weltraum in Gewalt versinken, sondern dass sich ihre Tragödie in ständigem Kontakt zum internationalen Staatensystem und in ökonomischer Verbindung mit anderen Ländern abspielt.

Quelle: E+Z Jg.45.2004:4 S.154
RUF = Revolutionary United Front, eine Rebellenarmee, die von 1991 bis 2002 gegen die Regierung Sierraeones kämpfte.

G72 Ausgaben für Militär und für Entwicklung



G71 Rüstung und Entwicklung

Überdimensionierte Waffenarsenale sind eine der Ursachen für die gewalttätige Austragung von Konflikten. Die Entwicklungszusammenarbeit sieht – gemeinsam mit der Außen- und Sicherheitspolitik – eine Aufgabe darin, einer Kultur der Gewalt, die durch die Verfügbarkeit von Waffen begünstigt wird, entgegenzutreten. Hierbei sind auch die erheblichen Ausgaben für Rüstungszwecke zu berücksichtigen, die Industrie- und Entwicklungsländer weltweit tätigen. Die im Jahr 2004 weltweit bereitgestellten Mittel für Entwicklungszusammenarbeit betragen weniger als 10 Prozent der weltweiten Aufwendungen für militärische Zwecke im gleichen Jahr, die mit mehr als 1 Mrd. US-Dollar in etwa wieder das Niveau während des Kalten Krieges erreicht haben. Rund ein Viertel der weltweiten Verteidigungsausgaben entfallen auf Entwicklungsländer.

Ein Weg, der Kultur der Gewalt entgegenzutreten, ist die Begrenzung der Militärausgaben in Entwicklungsländern. Angesichts andauernder Armut in vielen Entwicklungsländern kann es nicht sein, dass die Regierungen unnötig viel Geld, das für die soziale Entwicklung dringend benötigt wird, für den militärischen Bereich ausgeben oder diese Mittel ineffizient verwenden. Dabei ist die Bewertung eines legitimen Sicherheitsaufwandes auch vor dem Hintergrund einer eventuellen Bedrohung des jeweiligen Staates zu sehen. Eine nachhaltige Entwicklung kann ohne Schutz der Bürger und der Sicherheit des Landes nicht erfolgen. Um diesen legitimen Sicherheitsaufwand bestimmen zu können, ist ein Planungs- und Budgetverfahren erforderlich, das in demokratischer Weise, das heißt unter parlamentarischer Beteiligung, den erforderlichen Sicherheitsaufwand bestimmt und entsprechende Mittel effektiv und transparent zur Verfügung stellt.

Quelle: BMZ, Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007, S. 286

G73 Bürgerkrieg und Intervention

Der Warlord des 21. Jahrhunderts, der, für seinen privaten Profit und um seine Söldner zu bezahlen, den Handel mit Diamanten oder Coltan monopolisiert, den Anbau von Mohn fördert oder einen Vertrag mit einem Konzern über die Ausbeutung von Ölfeldern abschließt, braucht sich um den Rest des Landes nicht zu kümmern: Er benötigt ihn nicht, und vor dem Verhungern bewahrt die Menschen die internationale Nothilfe. Die wirtschaftlichen Quellen, aus denen sich die Akteure der heutigen Bürgerkriege finanzieren, sind nicht die Bauern und Handwerker, es sind die einer selektiven und segmentären Ökonomie. Eine Volkswirtschaft entsteht so nicht, ebenso wenig eine Nation, eine Gesellschaft...Für den Profit des Warlords wäre eine „heile“ Gesellschaft eher hinderlich. Da die Bürgerkriege aber beträchtliche Auswirkungen nach außen haben und für die betroffenen Bevölkerungen zu unerträglichem Elend führen, können diese Länder nicht einfach sich selbst überlassen werden. Die internationale Staatengemeinschaft muss eingreifen und friedliche Zustände herstellen. Sie ist es, die das Gewaltmonopol übernehmen muss, wenn es den Staat an Ort und Stelle nicht gibt... Das Ziel der Intervention muss daher sein, funktionierende Institutionen und eine tragfähige Ökonomie herzustellen. Das bedeutet aber, dass die Intervention auf lange Frist angelegt sein und über mehr als nur militärische Mittel verfügen muss... Auch die Mittel für den Wiederaufbau der Gesellschaft müssen bereitgestellt werden. Frieden, das sehen wir in Afghanistan und Irak, wird nicht durch kämpfende und besetzende Truppen hergestellt. Wodurch er hergestellt werden kann, wissen wir noch nicht. Aber die Versuche, beim friedlichen Aufbau zu helfen und eine eigene Verantwortung der Bevölkerung zuzulassen, gehen in die richtige Richtung.

Quelle: Reinold E. Thiel, Bürgerkrieg und Intervention. In: E + Z 12/2003

G76 Blutdiamanten

Sie hinterlassen keine Spuren, sind leicht lagerbar und in Afrikas Krisenregionen im Ausverkauf: Hochkaräter aus den Minen Kongos, Sierra Leones oder Angolas. So genannte Blutdiamanten sind beliebtes Zahlungsmittel, um die Kriegsfelder Afrikas mit Waffen zu versorgen. Doch auch internationale Terrorgruppen wie Osama bin Ladens Netzwerk El Kaida haben nach UN-Berichten erkannt, dass sich Finanzwege mit Edelsteinen verdunkeln lassen... Seit Ausbruch des Bürgerkriegs im Kongo 1998 wird das Land systematisch von ausländischen Kriegsparteien wie Angola, Simbabwe, Ruanda und Uganda ausgeplündert. Davon, meinen die Ermittler, profitiere auch die internationale Unterwelt. „Zusammengebrochene Staaten wie Kongo, Liberia und Sierra Leone werden Freihandelszonen“, sagt UN-Ermittler Johan Peleman. Ihre Nutzer seien „internationale Spieler auf dem Feld von Chaos und Gewalt; kriminelle Netzwerke und Terrorgruppen“.

Quelle: Westfälische Nachrichten, 24. 07. 2002

G74 Konfliktprävention und Friedenssicherung haben Vorrang

Wir sind überzeugt, dass Entwicklung und Menschenrechte Zwecke und Ziele per se sind und nicht nur als Mittel zum Erreichen anderer Ziele oder als Instrumente der Politik für die EU-Außenbeziehungen betrachtet werden sollten.

Ein umfassender, auf menschliche Sicherheit ausgerichteter Ansatz muss folgenden Dimensionen Rechnung tragen:

- einer Umwelt, die Menschen eine Lebensgrundlage bietet,
- der Deckung menschlicher Bedürfnisse für das Überleben,
- der Achtung der Menschenwürde und der Garantie der Menschenrechte sowie
- dem Schutz vor vermeidbaren Schäden.

Ursachen für die Unsicherheit von Personen und Gesellschaften müssen nachhaltig bekämpft werden. Dazu zählen Hunger, Armut, Krankheiten und Leiden, physische Bedrohungen, mangelnde politische Partizipation und Ungleichheit. Die 2006 verabschiedete EU-Afrikastrategie verlangt gegenseitige Unterstützung in den internationalen Foren wie UN-Sicherheitsrat und Welthandelsorganisation, die Themen und Probleme afrikanischer Länder behandeln.

Wir erkennen an, dass die EU politische Maßnahmen ergriffen hat, die auf die Konfliktprä-

vention abzielen (Afrikanische Friedensfazilität, Frühwarnmechanismen, Entwaffnung/Demobilisierung/Wiedereingliederung). Bei der derzeitigen Praxis der Zuteilung von Ressourcen für Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung liegt jedoch der Schwerpunkt auf „reaktiven Maßnahmen“. Unseres Erachtens geht Prävention über die technische Unterstützung der afrikanischen Sicherheitsarchitektur hinaus. Die Anwendung von Gewalt ist in allererster Linie das Ergebnis unterlassener oder gescheiterter Prävention. Wenngleich die Einrichtung von Mechanismen und Strukturen, die auf sich entwickelnde Krisensituationen reagieren können, einen wichtigen Beitrag darstellt, verlangt die Prävention gewaltsamer Konflikte einen umfassenderen Ansatz.

Prävention erfordert eine besondere Sensibilität für die Lebensbedingungen und Bedürfnisse von Menschen. Dafür ist die aktive Kooperation mit der Zivilgesellschaft unentbehrlich, die seit vielen Jahren eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung gewaltsamer Konflikte in ihren Gesellschaften spielt.

Quelle: VENRO, Afrikas Perspektive – Europas Politik. Entwicklungspolitisches Manifest zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2007, S. 6 f. (auch: C39)

G75 Konflikte friedlich austragen – Sicherheit und Abrüstung fördern

Konflikte sind integraler Bestandteil gesellschaftlicher Prozesse. Friedlich ausgetragen können sie auch positiven Wandel vorantreiben. Werden sie jedoch gewaltsam, bedrohen sie die Sicherheit und das Wohlergehen von Menschen. Durch Kampfhandlungen und Repressionen werden Menschen getötet, verletzt, verstümmelt und vergewaltigt. Wetrüsten und gewaltsame Konflikte verhindern Entwicklung und Armutsabbau. Gleichzeitig schaffen sie neue Armut, indem sie Entwicklungserfolge zunichte machen, natürliche Lebensgrundlagen schädigen und zu Flucht und Vertreibung führen. Die Spuren der Gewalt sind in den betroffenen Gesellschaften oft über lange Jahre spürbar, nicht zuletzt als individuelle und soziale Traumatisierung, durch großflächige Verminderung insbesondere landwirtschaftlicher Flächen oder durch die illegale Verbreitung von Kleinwaffen.

Arme werden aber auch als Akteure in gewaltsame Auseinandersetzungen einbezogen. In vielen Ländern werden vor allem Jugendliche und selbst Kinder aus den ärmeren Bevölkerungsschichten für bewaffnete politische und kriminelle Gruppen rekrutiert. Unterbeschäftigte junge Menschen sind besonders betroffen. Armut und Ungerechtigkeit sowie wirtschaftliche und politische Diskriminierung sind ebenso ein Nährboden für gewaltsame Konflikte wie ethnische, religiöse und regionale Feindseligkeiten. Insbesondere wenn sich Armut und Elend sowie der Zugang zu Ressourcen und politischen Entscheidungsprozessen entlang regionaler, ethnischer oder religiöser Trennungslinien unterschiedlich entwickeln, können Spannungen entstehen und Konflikte sich verschärfen.

In zahlreichen Ländern ist die Fähigkeit von Gesellschaften, auf konstruktive und friedliche

Weise mit Konflikten umzugehen und den Armen Sicherheit zu geben, durch Desintegration, Fragmentierung und Zerfall staatlicher Strukturen beeinträchtigt. Dies kommt unter anderem in mangelnder ziviler und demokratischer Kontrolle des Sicherheitssektors zum Ausdruck. Armut und Gewalt können sich gegenseitig verstärken. Krisenprävention und friedliche Konfliktbeilegung zu fördern, ist deshalb zur Armutsbekämpfung unerlässlich. Gleichzeitig leistet Armutsbekämpfung wichtige Beiträge zur Krisenprävention und -bewältigung. Längerfristige Zusammenarbeit zum Abbau struktureller Konfliktursachen sowie zur Förderung gewaltfreier Konfliktbearbeitung hat grundsätzlich Vorrang vor Krisennachsorge oder Gewaltbeendigung. Wenn jedoch Gewalt ausgebrochen ist, muss sie im Interesse der Betroffenen und ihrer Entwicklungschancen so rasch wie möglich beendet werden. Auch Krisenmanagement durch internationale Friedensmissionen, die ein für die Entwicklung unerlässliches stabiles Umfeld schaffen, kann deshalb zur Armutsminderung beitragen.

Quelle: BMZ: Armutsbekämpfung eine globale Aufgabe. Materialien 106 (2001) S. 36 f.

G77 Grundlagen für den Frieden

Alle Entwicklungsprojekte in Krisenregionen werden darauf geprüft, ob sie zu einem langfristigen Frieden beitragen: Fördern sie die Achtung vor Menschenrechten und demokratischen Grundformen? Tragen sie dazu bei, wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeiten zu beseitigen?

Quelle: BMZ Jahresbericht 2005, S. 30

G78 Ziviler Friedensdienst

Der Zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein Gemeinschaftswerk staatlicher und nichtstaatlicher Träger der Entwicklungs- und Friedensarbeit zur Förderung des gewaltfreien Umgangs mit Konflikten und Konfliktpotenzialen. Grundlage ist das abgestimmte Konzept zum ZFD vom 9. Juni 1999, das sich in die entwicklungspolitische Konzeption des BMZ einfügt. Der Zivile Friedensdienst agiert demnach auf der Grundlage entwicklungspolitischer Kriterien wie dem Subsidiaritätsprinzip, dem Prinzip des geringsten Eingriffs und dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe. Um Nachhaltigkeit durch Partizipation zu erreichen, ist es unabdingbar, mit einheimischen Partnern und Konfliktparteien zusammenzuarbeiten und von ihnen akzeptiert zu werden. ZFD-Einsätze werden grundsätzlich im Zusammenhang mit deutscher Entwicklungszusammenarbeit konzipiert und durchgeführt. Mit dem Zivilen Friedensdienst hat die Bundesregierung ein neues Instrument geschaffen, das stärker im politisch-gesellschaftlichen Bereich angesiedelt ist und auch kurz- und mittelfristige Einsätze im Zusammenhang mit Konflikten erlaubt, sei es als Ergänzung laufender Projekte, sei es als eigenständige Projekte oder gar als Baustein einer beginnenden Entwicklungszusammenarbeit. Seine Aufgaben liegen in folgenden Bereichen:

- Stärkung von Friedenspotenzialen mit lokalen Partnern unter anderem durch vertrauensbildende Maßnahmen;
- Vermittlung bei Konflikten zwischen Angehörigen von Interessengruppen, Ethnien oder Religionen sowie Aufbau von Kooperations- und Dialogstrukturen über Konfliktlinien hinweg;
- Schaffung von Anlaufstellen und gesicherten Räumen für Unterstützung und Begegnung von Konfliktparteien;
- Reintegration und Rehabilitation der von Gewalt besonders betroffenen Gruppen (einschließlich Maßnahmen der psychosozialen Unterstützung/Traumarbeit);
- Trainingsmaßnahmen zu Instrumenten der zivilen Konfliktbearbeitung;
- Friedenspädagogik;
- Stärkung der lokalen Rechtssicherheit;
- Beiträge zur Versöhnung und zum Wiederaufbau.

Das BMZ überträgt die Aufgaben im Rahmen des ZFD dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED) in Zusammenarbeit mit den anderen fünf anerkannten Entwicklungsdiensten, also der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH), Dienste in Übersee (DÜ/EED), EIRENE, Weltfriedensdienst und Christliche Fachkräfte International (CFI) sowie dem Forum Ziviler Friedensdienst e.V. und der Aktionsgemeinschaft

Dienst für den Frieden e.V. (AGDF). Die Entsendung von Friedensfachkräften erfolgt durch die anerkannten Entwicklungsdienste auf der Grundlage des Entwicklungshelfergesetzes.. Die Aufbauphase des ZFD ist nach mehr als fünf Jahren abgeschlossen. Speziell ausgebildete Fachkräfte leisten vor Ort insbesondere Mediation und Vermittlung, um gewaltsame Konflikte zu verhindern oder nach deren Ende zum friedlichen Zusammenleben beizutragen... Der regionale Schwerpunkt der Maßnahmen liegt in Afrika südlich der Sahara, gefolgt von Asien, Lateinamerika, dem Nahen Osten und Südosteuropa.

Quelle: BMZ, Medienhandbuch Entwicklungspolitik 2006/2007, S. 289 f.

Aufgaben

1. Beschreiben Sie, wie sich die bewaffneten Konflikte in der Welt seit dem ausgehenden 20. Jahrhundert von den Kriegen der Vergangenheit unterscheiden (G70, P22).
2. Erläutern Sie Ursachen und Folgen bewaffneter Konflikte an ausgewählten Beispielen (G70, P24, P29, P45, P46).
3. Diskutieren Sie die These: „Konfliktprävention und Friedenssicherung haben Vorrang vor Anwendung von Gewalt.“ Begründen Sie Ihre Position.
4. Begründen Sie, warum Krisenprävention und Friedenssicherung an den Ursachen ansetzen müssen, und erläutern Sie entsprechende Ansatzmöglichkeiten.
5. Erläutern Sie Materialie G78 und vergleichen Sie diese mit Materialie G75 und G79. Zu welchem Ergebnis kommen Sie?
6. Erläutern Sie Materialien G74, G76, G77 und G72 Was fällt Ihnen auf?
7. Erläutern Sie den Aufbau eines Zivilen Friedensdienstes und seine Aufgaben im Rahmen einer umfassenden Konfliktpräventionsstrategie (G78, G74, G75).
8. Begründen Sie die Forderung nach Begrenzung der Rüstungsausgaben für Entwicklungsländer (G71). Sollte diese Forderung nicht auch für Industrieländer gelten (G72)?
9. Belegen Sie die These „Erhaltung / Stiftung von Frieden ist eine umfassende (mehrperspektivische) Aufgabe, die sich nicht auf die politische Dimension beschränkt“ mit einem Beispiel.

G79 Konfliktregulierung zwischen Globalisierung und Lokalisierung

Konfliktregulierung findet heute durch internationale und global agierende Organisationen statt. Sie ist gleichfalls Konfliktregulierung durch die Großen Mächte, allen voran durch die USA... Diese internationalen Wege und Foren der Friedensstiftung werden indessen so lange defizitär bleiben, wie sie der gewachsenen Bedeutung des Lokalen nicht gerecht werden. Dazu sind verschiedene Voraussetzungen nötig.

Erstens: ...Konfliktregulierung kann nur gelingen, wenn sie Streitschlichtung „von oben“ mit Streitschlichtung „von unten“ sorgfältig verbindet.

Zweitens benötigen Friedensanstrengungen eine Streitregelung durch einen Dritten... Er muss in diesem Fall aus Vertretern der Gruppen der Friedenswilligen kommen. Die Gewalttätigen lassen sich natürlich nicht vollständig aus einer Friedenslösung heraushalten. Es gilt aber, ihren herrischen Ton durch den „lokalen Chor“ der Friedenswilligen zu disziplinieren...

Drittens schließen Konfliktregulierungen vor Ort ein, dass lokale und regionale Institutionen der Konfliktregulierung und lokale und regionale Lösungen gegenüber den Institutionen und Lösungsdefinitionen der internationalen und global agierenden Einrichtungen nicht zweitrangig sind. Die hohe Funktionstüchtigkeit lokaler Einrichtungen und Lösungen hat die Rechtsethologie wieder und wieder empirisch untermauert...

Viertens werden Nichtregierungsorganisationen (NRO) zu Hauptakteuren der Friedensstiftung. Diese Rolle kommt ihnen primär zwar nicht zu, weil sie nach ihrem Selbstverständnis gemein-

nützige und humanitäre Ziele verfolgen... Aber sie sind deshalb Hauptakteure, weil sie globale Organisation mit lokaler Intervention verbinden.

Fünftens: NRO werden auch deshalb zu Hauptakteuren der Friedenssicherung, weil die Unterscheidung zwischen Konfliktregulierung und Entwicklungshilfe zunehmend schwindet und eine Entwicklungshilfe, welche zum Gewinn und zur Sicherung des Friedens beiträgt, sichtbare Erfolge auf der lokalen Ebene zeitigen muss.

Sechstens: Konfliktregulierung ohne ein Maximum an Wissen über lokale Verhältnisse und lokale Konfliktregulierung, einschließlich des Wissens um lokale Einrichtungen zur Konfliktregelung, wird an der Widerständigkeit des Lokalen scheitern. Hierfür sind die Sozialanthropologen und die Ethnologie unverzichtbar...

Eine Entwicklungs- und Friedenspolitik, die vom Globalen gebannt ist, Staatlichkeit bloß unterstellt und dabei nicht wahrhaben will, dass das Lokale nicht nur Teil, sondern auch machtvoller Gegenspieler des Globalen ist, und deshalb die vielfältigen Chancen alter und neuer Formen von Herrschaft und Machtkontrolle auf regionaler und lokaler Ebene nicht wahrnimmt, wird an der Widerständigkeit des Lokalen scheitern. Das Lokale ist kreativ und eigendynamisch dabei, Ordnungen jenseits des Staates zu modernisieren oder gar neu zu erfinden.

Quelle: U. Schneckener, Fragile Staatlichkeit als globales Sicherheitsrisiko. In: APUZ 28-29/2005 S. 37 f. (leicht geändert)